

Zeitschrift: Jahrbuch für Solothurnische Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Solothurn
Band: 79 (2006)

Artikel: Von einer linken zu einer links-grünen Politik : der Generationenwechsel in der SP des Kantons Solothurn von 1967 bis 1989
Autor: Ulrich, Dieter
Kapitel: 2: Die SP und die Atomenergie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325243>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Vergleich der beiden Jahre zeigt einzig bei den Lehrern, bei den Hausfrauen sowie bei den Gewerkschaftern eine Zunahme der Mitglieder. Die Steigerung bei den Gewerkschaftern fiel jedoch von einem Mitglied auf zwei relativ bescheiden aus. Eine Abnahme der Mitglieder ist neben den Angestellten der SBB sowie des Staates und der Gemeinden bei den Akademikern, den technischen Berufen und bei den Handwerkern und Ungelernten festzustellen.

Vergleicht man die prozentualen Anteile der verschiedenen Berufsgruppen, kann man eine Abnahme bei den Staats- und Gemeindeangestellten, den Akademikern, den technischen Berufen und den Handwerkern und Ungelernten feststellen. Demgegenüber nahm bei den Lehrern, den kaufmännischen Berufen und den Hausfrauen die Anzahl der Mitglieder zu.

2. Die SP und die Atomenergie

2.1 Die Atomenergie in der Schweiz

2.1.1 Die Entwicklung der Atomenergie in der Schweiz

In der Schweiz wurde schon seit den 20er Jahren an der Entwicklung der Atomtechnologie gearbeitet. Eine führende Rolle unter den Schweizer Instituten nahm dabei das Physikalische Institut der ETH Zürich unter Prof. Paul Scherrer ein. 1945 wurde die Studienkommission für Atomenergie (SKA) ins Leben gerufen, deren Präsident Scherrer wurde. Neben Bundesvertretern nahmen auch Hochschulprofessoren, die auch die Interessen der Elektrizitätswirtschaft wahrnahmen, in der Kommission Einsitz. Die Aufgabe der Kommission war es, die Grundlagenforschung und Projektierung von Versuchsreaktoren zu fördern und zu koordinieren. Dazu gab sie bis zur ihrer Auflösung 1958 etwa 10 Millionen Franken aus. Die Arbeit der SKA hatte auch einen militärischen Aspekt. In geheimen Richtlinien beauftragte das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) die SKA 1946 «die Schaffung einer schweizerischen Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie beruhen, anzustreben».⁸⁹ Die Verantwortlichen der Elektrizitätswirtschaft zeigten hingegen zu Beginn ein geringes Engagement, weil sie sich von der Atomenergie kaum Nutzen erhofften.

Dagegen hatte die exportorientierte Industrie unter der Führung von Walter Boveri, dem Präsidenten der BBC, grosses Interesse an der Atomenergie. Um den Wissensrückstand der Schweiz gegenüber

⁸⁹ Zitiert in: Geschichte der Kerntechnik, 41.

internationalen Konkurrenz wettzumachen, liess sie junge Wissenschaftler gezielt auf dem Gebiet der Atomenergie aus- und weiterbilden.

Um die Finanzierung eines Versuchsreaktors sicherzustellen, suchte Boveri weitere Geldgeber. 1955 schlossen sich 80 Industrieunternehmen, 44 Firmen aus Handel und Finanzwirtschaft sowie 45 Elektrizitätsgesellschaften zu einer gemeinsamen Organisation zusammen und gründeten die Reaktor AG mit Sitz im aargauischen Würenlingen.⁹⁰ Nach ihren Statuten bezweckte sie: «a) Bau und Betrieb eines Versuchsreaktors zur Schaffung wissenschaftlicher und technischer Grundlagen für die Konstruktion und den Betrieb industriell verwendbarer Reaktoren, die der Gewinnung von Energie dienen [...]. b) Ermittlung von Vorkehrungen zum Schutz vor radioaktiven Strahlungen. c) Herstellung radioaktiver Substanzen und deren Abgabe an Verbraucher für Zwecke der Medizin, der Chemie, der Landwirtschaft sowie für weitere ähnliche Zwecke [...]»⁹¹ Das Team der Reaktor AG forschte zu Beginn mit dem von den USA durch die Eidgenossenschaft erworbenen Reaktor Saphir. Dieser war an der Genfer Konferenz «Atome für den Frieden» im Sommer 1955 ausgestellt worden. In der Folge wurde auch ein eigener Versuchsreaktor gebaut, der den Namen Diorit erhielt. Da man nicht von den USA und ihrem angereicherten Uran abhängig sein wollte, betrieb man den Reaktor mit Natururan und verwendete als Moderator und Kühlmittel Schwerwasser. Da der Bund immer mehr Geld in die Reaktor AG einschliessen musste, übernahm er sie 1960 ganz. Fortan hiess die Forschungsstätte in Würenlingen Eidgenössisches Institut zur Reaktorforschung (EIR; heute Paul Scherrer Institut, PSI).⁹²

Sowohl für die Zahlungen an die SKA als auch für den Versuchsreaktor in Lucens fehlte die entsprechende Verfassungsgrundlage. Insgesamt unterbreitete der Bundesrat dem Parlament 13 Atomvorlagen, bis er dem Volk einen Verfassungsartikel zur Abstimmung vorlegte. Der Artikel 24quinquies lautete: «Die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Atomenergie ist Bundessache. Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz vor den Gefahren ionisierender Strahlen.»⁹³ Die Verfassungsänderung war unumstritten, fast 80% der Stimmbürger stimmten dem Atomartikel zu. Nach der erfolgreichen Abstimmung liess der Bundesrat innerhalb von zwei Jahren ein Atomgesetz ausarbeiten. Ziel dieses Gesetzes war nicht die Beschränkung, sondern, dem damals herrschenden Zeitgeist entsprechend, die Förderung der Atomenergie.

⁹⁰ Geschichte der Kerntechnik, 45.

⁹¹ Zitiert in: Geschichte der Kerntechnik, 90.

⁹² Boos, 26.

⁹³ Zitiert in Boos, 170.

Bei der Regelung des Bewilligungsverfahrens wurde ein polizeiliches Aufsichtsrecht gewählt. Dies bedeutete, dass der Bund eine Bewilligung erteilen musste, wenn die notwendigen Voraussetzungen erfüllt waren. Andere Lösungen wie eine wirtschaftspolitische Bewilligungspflicht, ein Konzessionssystem oder ein Staatsmonopol hatten keine Chancen.⁹⁴ Auch bei der Regelung der Haftpflicht zeigte sich der Bund gegenüber der Atomwirtschaft grosszügig. Eine unbeschränkte Haftpflicht wurde abgelehnt, da man dadurch eine Hemmung der Atomwirtschaft befürchtete. Die Haftpflicht wurde deshalb auf 40 Millionen Franken beschränkt, für grössere Schäden sah das Gesetz Deckungsbeiträge durch den Bund vor.⁹⁵ Im Parlament wurden diese Regelungen von Vertretern der SP und der PdA kritisiert. Sie forderten ein Konzessionssystem für die Bewilligung und traten für eine unbeschränkte Haftpflicht ein. Generell wurde dem Gesetz vorgeworfen, es privatisiere die Gewinne und sozialisiere die Verluste. Aber die Kritik der Linken war chancenlos. Im Ständerat wurde das Gesetz einstimmig, im Nationalrat mit 92 zu 34 Stimmen angenommen. Das Referendum gegen das Gesetz wurde nicht ergriffen. Als das Atomgesetz am 1. Juli 1960 in Kraft trat, «hatten die Bürger zur weiteren Entwicklung der Kernenergie in der Schweiz nichts mehr zu sagen, denn das Atomgesetz sah keinerlei Beteiligung der Bürger bei der Bewilligung von Atomanlagen vor.»⁹⁶

Ebenfalls 1960 setzte der Bund die erste AKW-Kontrollinstanz ein, die Kommission für die Sicherheit der Atomanlagen (KSA). Ein Grossteil der Mitglieder der KSA stand der Atomwirtschaft nahe, ein Umstand, der Zweifel an der Objektivität der KSA aufkommen liess. Die KSA hat denn auch die definitive Betriebsbewilligung für den Versuchsreaktor von Lucens erteilt, obwohl sie wusste, dass die Brennelemente schon in der Versuchsphase Konstruktionsfehler aufgewiesen hatten.⁹⁷ Zu Beginn der 70er Jahre gründete der Bund zudem mit der Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (ASK) eine technisch-wissenschaftliche Abteilung, die später in Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) umbenannt wurde. Die HSK übernahm die Kontrollfunktionen der KSA, die von da an als Beratergremium des Bundes wirkte.⁹⁸

Am 21. Januar 1969 ereignete sich im AKW Lucens der bisher schwerste Atomunfall in der Schweiz. Während die Operateure die Leistung des Reaktors erhöhten, begann ein Brennelement zu schmel-

⁹⁴ Kriesi, AKW-Gegner, 14.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd., 15.

⁹⁷ Boos, 355f.

⁹⁸ Ebd., 358.

zen. Obwohl der Reaktor in einer Felskaverne untergebracht war und sich die Sicherheitsschleusen korrekt schlossen, wurde eine beachtliche Menge Radioaktivität freigesetzt. Dieser Unfall stellte das endgültige Aus für den Plan des Baus eines AKWs «made in Switzerland» dar. Seit Beginn der 60er Jahre arbeiteten Sulzer, BBC und die Energie Nucléaire SA (Enusa, ein Konglomerat von Westschweizer Industriefirmen) mit finanzieller Unterstützung des Bundes daran, einen gemeinsamen Reaktor zu bauen. Die BBC stieg jedoch bald darauf aus dem Projekt aus, so dass nur noch Sulzer und die Enusa verblieben.⁹⁹

Obwohl sich die Anlage von Lucens in eine radioaktiv strahlende Ruine verwandelte und der Unfall mit demjenigen in Harrisburg, der sich zehn Jahre später ereignete und weltweit für Schlagzeilen sorgte, vergleichbar war, löste das Ereignis in der schweizerischen Öffentlichkeit nur ein bescheidenes Echo aus.¹⁰⁰

Im Dezember 1964 fasste die NOK einen Beschluss, dessen Ziel es war, das erste kommerzielle AKW der Schweiz zu bauen. Im August des folgenden Jahres unterzeichnete sie mit dem Konsortium von Westinghouse und BBC einen Liefervertrag für ein Atomkraftwerk. Die amerikanische Westinghouse lieferte die Primäranlage (den gesamten nuklearen Teil inklusive Reaktor), die BBC war für die Sekundäranlage zuständig (Turbinen und Generatoren). Der Reaktor erzeugte eine Leistung von 350 MW. Es handelte sich dabei um einen Druckwasserreaktor, der mit Flusswasser aus der Aare gekühlt wurde. Gebaut wurde das erste AKW der Schweiz im aargauischen Beznau. Nach vier Jahren Bauzeit wurde 1969 zum ersten Mal kommerziell Strom produziert. Zwei Jahre später nahm ein zweites, identisches AKW, dessen Bau die NOK bereits 1967 beschlossen hatte, den Betrieb auf. Gegen den Bau von Beznau I und Beznau II gab es keinen Widerstand. Man sah allgemein in der Atomkraft etwas Gutes und kannte die damit verbundenen Gefahren noch nicht oder machte sich keine Gedanken darüber.

1965 gab auch die BKW bekannt, sie plane den Bau eines AKW. Als Standort hatte sie Mühleberg, zehn Kilometer westlich von Bern gelegen, ausgesucht. Die Sekundäranlage wurde wie bei Beznau I und II von der BBC geliefert. Als Primäranlage wurde bei der amerikanischen Firma General Electric ein Siedewasserreaktor mit einer Leistung von 355 MW bestellt. Mit dem Bau wurde 1967 begonnen, 1972 ging die Anlage ans Netz. Auch gegen dieses AKW regte sich keinerlei Widerstand.

⁹⁹ Boos, 13f.

¹⁰⁰ Kupper, Kein blinder Widerstand, 231.

2.1.2 Der Widerstandes gegen Atomkraftwerke und die Gesamtenergiekonzeption

Anders präsentierte sich die Situation bei dem als nächstes geplanten AKW, demjenigen von Kaiseraugst. Bei diesem aargauischen Dorf, das 20 km von der Stadt Basel entfernt liegt, wollte die Firma Motor Columbus zu Beginn der 60er Jahre ein ölthermisches Kraftwerk erstellen. Das Projekt fand jedoch 1963 in der Gemeindeabstimmung keine Zustimmung, weil die Bevölkerung Schwefeldioxid-Immissionen befürchtete. Deshalb präsentierte Motor Columbus zwei Jahre später ein neues Projekt, das ein AKW mit Flusswasserkühlung vorsah. 1969 erfolgte die Publikation der Resultate einer eidgenössischen Expertenkommission unter der Leitung des Direktors des Eidgenössischen Amtes für Gewässerschutz, Fritz Baldinger, die vor einer zu starken Erwärmung der Gewässer durch die Kühlsysteme der Atomkraftwerke warnte. Die zu dieser Zeit projektierten Anlagen sahen nämlich alle eine Kühlung durch eine erhebliche Wasserentnahme aus Seen oder Flüssen vor.¹⁰¹ Aufgrund dieses Berichts protestierte im März 1969 der Regierungsrat des Kantons Basel-Land in Aarau und Bern gegen die geplante Massierung von Atomkraftwerke am Oberrhein.¹⁰² Zwei Monate später verabschiedete der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt einstimmig eine Resolution, mit der er dagegen protestierte, dass Atomkraftwerke am Oberrhein geplant werden, ohne dem Schutz von Luft und Wasser sowie der Bewahrung vor der Gefährdung durch radioaktive Abfälle genügend Rechnung zu tragen.¹⁰³ Am 5. Mai 1970 wurde das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das AKW Kaiseraugst (NAK) gegründet, das in den folgenden Jahren zum Sammelbecken der Opposition wurde. Zu dieser Zeit vermochten die AKW-Befürworter die Gegner noch mit propagandistischen Massnahmen zurückzudrängen. Im Jahr darauf verbot der Bund jedoch die Flusswasserkühlung, sodass Kühltürme für die Atomkraftwerke gebaut werden mussten. Die Türme boten den Atomkraft-Gegnern eine neue Angriffsfläche, die Atomkraftwerke waren keine kleineren Bauwerke mehr, sondern grosse Anlagen, die von weitem sichtbar waren. Dies rief neue Opponenten aus Landschaftsschutzkreisen und der Tourismusbranche auf den Plan. Die Kühltürme boten der Gegnerschaft auch rechtliche Einspruchsmöglichkeiten, da unter anderem die Bewilligung für das AKW Kaiseraugst für eine Anlage mit Flusswasserkühlung vergeben worden war. Nach Patrick Kupper richteten sich die Oppositionsbewegungen in den Jahren um 1970 «explizit nicht gegen den Bau von Atomkraft-

¹⁰¹ Kupper, Kein blinder Widerstand, 231.

¹⁰² Lüthi, 27.

¹⁰³ Kupper, Kein blinder Widerstand, 231.

werken generell, sondern übten nur punktuelle Kritik am zentralistischen Bewilligungsverfahren und an gewissen Umsetzungsformen (Flusserwärmung, Standorte in dichtbesiedelten Gebieten).»¹⁰⁴ Eine Gegnerschaft, welche die Atomtechnologie grundsätzlich ablehnte, habe sich erst ab 1972/73 im Zeichen der ökologischen Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung gebildet. Bei den Umweltorganisationen herrschte noch zu Beginn des Jahres 1973 Unklarheit darüber, wie die Atomenergie zu bewerten sei. Das änderte sich jedoch rasch als im April des gleichen Jahres die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) die Ausarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption forderte, bevor weitere Atomkraftwerke gebaut würden. Im Juni verlangte der WWF ein Moratorium. Verschiedene Gründe führten zu der ablehnenden Haltung der Umweltorganisationen: Erstens war die mit den Atomkraftwerken erzeugte Mehrenergie unerwünscht, «da ein auf höherem Energieinput basierendes Wirtschaftswachstum die Umwelt nur noch zusätzlich belaste.»¹⁰⁵ Zweitens war man der Meinung, dass das für die Atomkraftwerke nötige Uran in absehbarer Zeit aufgebraucht sein würde; und drittens hielt man die Umweltbelastung durch die radioaktiven Stoffe für unverantwortbar. Zur Lösung des Energieproblems propagierte der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) in erster Linie das Energiesparen. Nachdem sich der SBN Mitte der 60er Jahre für den Bau von Atomkraftwerken als Alternative zu thermischen Kraftwerken ausgesprochen hatte, vollzog er in dieser Frage innert zehn Jahren eine Wende. Dieser Meinungsumschwung hing damit zusammen, dass Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt nicht mehr als eigenständige Mächte, sondern als gesellschaftlich bestimmbare Grössen verstanden wurden.¹⁰⁶

1972 wurde das AKW Kaiseraugst in einer Konsultativabstimmung von den Kaiseraugstern abgelehnt. Daraufhin verzichtete der Gemeinderat auf die Erteilung der lokalen Baubewilligung für das Werk. Dies führte zu einem Bundesgerichtsurteil, welches festlegte, dass Bundeskompetenzen höher zu werten seien als Gemeindekompetenzen.

Auch gegen die andern geplanten Atomkraftwerke entstand in dieser Zeit Widerstand. Im Kampf gegen das AKW Gösgen führte die Gruppierung «Pro Niederamt» im April 1973 in Olten die erste schweizerische Demonstration gegen ein AKW durch. An der Veranstaltung nahmen über tausend Leute teil.¹⁰⁷ In Leibstadt, Graben,

¹⁰⁴ Ebd., 233.

¹⁰⁵ Ebd., 234.

¹⁰⁶ Ebd., 233.

¹⁰⁷ Lüthi, 28.

Rüthi, Verbois und Inwil kam es zu Petitionen und Einsprachen gegen den AKW-Bau. Bis 1973 wurde vorwiegend mit dem Ausnutzen der institutionellen Möglichkeiten gegen Atomkraftwerke gekämpft, direkte Aktionen wie Demonstrationen blieben die Ausnahme. Danach änderte sich jedoch die Ausrichtung der Anti-AKW-Bewegung. Sie bekämpfte nicht mehr nur einzelne AKW-Standorte, sondern generell alle Atomkraftwerke. So benannte sich die NAK 1973 auch in Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) um. Im selben Jahr wurde aus den Kreisen der Basler Jungsozialisten die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) als Reaktion auf den Bundesgerichtsentscheid zur Baubewilligung von Kaiseraugst gegründet. Hauptinitiator war der Politologiestudent Ruedi Epple, der sich bereits seit einiger Zeit mit der Theorie des gewaltfreien Widerstands befasst hatte.¹⁰⁸ NWA und GAK lancierten gemeinsam Initiativen in den beiden Basler Kantonen, mit denen die Kantonsregierungen zum Kampf gegen Atomkraftwerke verpflichtet werden sollten. Der Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst war Teil einer grenzübergreifenden Anti-AKW-Bewegung, die auch gegen die geplanten Werke im elsässischen Fessenheim und südbadischen Wyhl kämpfte.¹⁰⁹ Sie bezeichnete das Gebiet Nordwestschweiz, Baden und Elsass als «Dreieckland».¹¹⁰

In den Jahren 1973 und 1974 stiessen auch die Organisationen der neuen Linken und der neuen Rechten zur AKW-Opposition. Die POCH lancierte in verschiedenen Kantonen politische Initiativen und versuchten, der Debatte eine klassenkämpferische Richtung zu geben. Die Nationale Aktion und die Republikaner engagierten sich in der Überparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke (UeBA).

Als Ende März 1975 mit den Aushubarbeiten für das AKW Kaiseraugst begonnen wurde, organisierte die GAK eine Besetzung des Baugeländes, nachdem sie schon zwischen Weihnachten und Neujahr 1973/74 einen «Probe-Hock» auf dem Baugelände durchgeführt hatte. Die Besetzung mobilisierte die ganze Region, eine Volksbewegung entstand. In Bern demonstrierten am 26. April 1975 bis zu 15000 Menschen gegen Atomkraftwerke. Ursprünglich war die Besetzung des Geländes bis zum 14. Juni 1975 geplant. Nachdem aber der Bundesrat einen vierwöchigen Baustopp und einen festen Verhandlungstermin zugesichert hatte, beschlossen die Besetzer an ihrer Vollversammlung vom 7. Juni die Räumung des Geländes. Unter den AKW-Gegnern war es während der Besetzung zu Konflikten gekommen, die im Juli 1975 zur Spaltung führten. Die Anhänger der POCH

¹⁰⁸ Kupper, Atomenergie und gesplante Gesellschaft, 145.

¹⁰⁹ Lüthi, 21-25.

¹¹⁰ Ebd., 21.

und der RML bildeten die Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst (GAGAK). Durch diese Spaltung ging die einheitliche Stossrichtung der Anti-AKW-Bewegung verloren. Trotzdem war die Besetzung ein Signal für die Politik und die Öffentlichkeit. Der starke Rückhalt, den die Besetzer in der Region fanden, machte klar, «dass es sich bei der AKW-Opposition nicht um marginale Grüppchen von Idealisten und Chaoten handelte, sondern um eine von breiten Bevölkerungsschichten mitgetragene Bewegung.»¹¹¹

Da die Verhandlungen mit dem Bundesrat für die Atomkraft-Gegner keinen durchschlagenden Erfolg brachten, lancierte im Juli 1975 ein breit abgestütztes Komitee, dem auch die GAK angehörte, eine seit Monaten vorbereitete Initiative «zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» (Atominitiative). Einen ersten Erfolg erzielte die Initiative bereits vor der Abstimmung: Das Parlament revidierte 1978 das Atomgesetz von 1959, welches in der neuen Fassung einen Bedarfs- und Entsorgungsnachweis sowie ein Einwendungsrecht vorsah.

Die GAGAK ihrerseits startete eine Petition für einen vierjährigen AKW-Baustopp. Danach geriet die Anti-Atomkraft-Bewegung in eine Krise. Die Spaltung der Bewegung, das mässige Ergebnis der Verhandlungsgespräche mit dem Bundesrat und die allgemeine Ermüdung nach den anstrengenden Monaten der Besetzung wirkten sich demobilisierend aus. Auch die Diskussion um die Endlagerung der radioaktiven Abfälle, die 1976 einsetzte, bewirkte keine erneute Mobilisierung. Erst das Jahr 1977 brachte mit dem Pfingstmarsch nach Gösgen die Wende. Am 12. Juni wurde die basel-städtische Atomschutzinitiative mit 75% Ja-Stimmen deutlich angenommen. Ende Juni und anfangs Juli folgten die Besetzungsversuche von Gösgen.¹¹² Nach dem Scheitern der Besetzungsversuche geriet die Bewegung in eine neue Krise, die Inbetriebnahme des AKW Gösgen konnte nicht verhindert werden, viele Leute resignierten.

Schon bald nach seiner Wahl in den Bundesrat im Dezember 1973 kam Willi Ritschard zur Einsicht, dass angesichts der Energieprobleme, die sich durch den Widerstand gegen die Atomkraftwerke oder durch die Ölkrise akzentuierten, nur eine Auslegeordnung und ein Gesamtkonzept Klarheit bringen konnte. Möglicherweise hatte die schon 1972 eingesetzte Eidgenössische Kommission zur Erarbeitung einer Verkehrskonzeption ihn in seinem Plan bestärkt. Eine Gesamtenergiekonzeption war zuvor auch schon von Umweltverbänden gefordert worden. Im Frühling 1974 fragte Ritschard den Verwaltungs-

¹¹¹ Kupper, Kein blinder Widerstand, 235.

¹¹² Vgl. Kapitel 6.5.2.

ratspräsidenten der Atel und der Motor Columbus AG, den durch seine vielfältigen Engagements in der Energiewirtschaft als «Energie-Papst» bekannten Michael Kohn, ob er bereit wäre, an einer Gesamtenergiekonzeption mitzuarbeiten und das Präsidium der dafür einzusetzenden Kommission zu übernehmen. Ritschard kannte ihn aus seiner Zeit als Vizepräsident des Atel-Verwaltungsrates und war mit ihm befreundet. Kohn lehnte zuerst mit dem Hinweis ab, er sei ein Mann der Elektrizitätswirtschaft und kein Allrounder. Ritschard erwiderte ihm, es gebe in der schweizerischen Praxis den Allround-Energiemann gar nicht. Er suche Spezialisten, die sich zu Generalisten entwickeln könnten. Kohn nahm daraufhin das Angebot an.¹¹³ Vizepräsidentin der Kommission wurde die Zürcher Stadträtin Emilie Lieberherr. In der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) nahmen neben Politikern auch Vertreter der Energiewirtschaft, der Forschung und Umweltschützer Einsitz. Die Zusammensetzung der Kommission wurde von der Anti-AKW-Bewegung kritisiert. Sie bemängelte die Untervertretung der Ökologie und den Umstand, dass mit Kohn ein Vertreter der Elektrizitäts- und Atomwirtschaft statt einer neutralen Persönlichkeit zum Präsidenten gemacht wurde.

Die Kommission gab im Lauf ihrer Arbeit eine Vielzahl von Studien über wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte, Umweltschutz, Energieproduktion und Energiepolitik in Auftrag.¹¹⁴ Der Schlussbericht der Kommission wurde Ende 1978 fertig gestellt. Er bekräftigte, dass die Energieversorgung eine lebenswichtige Dienstleistung für Wirtschaft und Gesellschaft sei. Deshalb habe sie ausreichend, wirtschaftlich und umweltschonend zu sein. Um das zu erreichen forderte die Kommission drei Dinge: Energiesparen, Forschen und die Substitution von Erdöl. Dazu stellte sie folgende Thesen auf:¹¹⁵

«Energie ist nicht gleich Elektrizität.» Während sie beim Gesamtenergiebedarf ein reduziertes Wachstum von unter 2% pro Jahr veranschlagte, schätzte sie den Zuwachs beim Elektrizitätskonsum auf rund 3%.

«Die Kernenergie ist verwendungswürdig.» Das GEK-Konzept verlangte allerdings nicht soviel Atomenergie wie möglich, sondern sowenig wie nötig.

«Marktkräfte ergänzen, nicht ersetzen.» Der Staat sollte laut GEK-Bericht die Marktkräfte und die Eigeninitiative der Wirtschaft ergänzen und nicht ersetzen.

¹¹³ Kohn, 28.

¹¹⁴ Gesamtenergiekonzeption, 7.

¹¹⁵ Kohn, 37–39.

«Diversifikation, nicht Elimination.» Eine moderne Energiepolitik sollte auf Diversifikation und nicht auf Elimination ausgerichtet sein, also sollte auch die Atomenergie ihren Platz in einem marktwirtschaftlichen Versorgungssystem haben.

Daneben erarbeitete die GEK auch vier verschiedene Szenarien, wie sich die Energiepolitik weiterentwickeln könnte.¹¹⁶

Das erste Szenario war eine rein marktwirtschaftliche Lösung. Der Staat sollte dabei keine Interventionen vornehmen und den Preismechanismus spielen lassen.

Eine marktwirtschaftlich-föderalistische Lösung sah das zweite Szenario vor. Da nicht alle Probleme über den Preis zu lösen sein würden, rechnete diese Variante auch mit Eingriffen des Staates. Flankierende Massnahmen sollten auf der Ebene der Kantone und Gemeinden ergriffen werden.

Das dritte Szenario war eine interventionistische Lösung. Im Gegensatz zu Szenario II sollte dabei der Bund ins Energiewesen eingreifen, falls den Postulaten Sparen, Forschen und Substituieren nicht genügend nachgelebt würde. Dieses Szenario teilte sich in verschiedene Unterszenarien auf, die sich durch die Ausgestaltung einer Energiesteuer und die Forcierung verschiedener Energieformen unterschieden.

Das vierte und letzte Szenario sah eine dirigistische Lösung vor. Mit dieser Variante sollte mittels weitgehenden staatlichen Interventionen ein Nullwachstum oder sogar eine Senkung des Energieverbrauchs angestrebt werden. Laut Michael Kohn entsprach die Energieinitiative, die 1984 zur Abstimmung kam, weitgehend diesem Szenario.¹¹⁷

Die GEK sah die Szenarien I und IV als nicht praktikabel an. Als politisch tragbare Optionen erachtete sie die Szenarien II und III. In diesem Rahmen sollte sich die schweizerische Energiepolitik zukünftig entwickeln.

In der Beurteilung des Erfolgs der Gesamtenergiekonzeption schieden sich die Geister. Michael Kohn bezeichnete sie 1990 als langlebig, da sie im Vergleich zur Medien- und zur Verkehrskonzeption immer noch Gültigkeit hatte. Er lobte ihre Realitätsbezogenheit und ihre Szenarientechnik, mit der auf unterschiedliche Entwicklungen im Energiebereich reagiert werden konnte.¹¹⁸ Rudolf Strahm hingegen kritisierte, dass die Gesamtenergiekonzeption keine Antworten geliefert habe: «Aber 1986 [...] stellen sich in der Energiepolitik genau die

¹¹⁶ Gesamtenergiekonzeption, 18–21.

¹¹⁷ Kohn, 39.

¹¹⁸ Ebd., 31f.

gleichen Fragen: Soll Kaiseraugst gebaut werden? Sollen Spartarife mit einem Elektrizitätswirtschaftsgesetz durchgesetzt werden?»¹¹⁹

2.1.3 Tschernobyl

Mit den Abstimmungen über die Atominitiative und das Atomgesetz und dem Unfall im amerikanischen AKW Harrisburg wurde die Anti-AKW-Bewegung Ende der 70er Jahre nochmals mobilisiert.¹²⁰ Sie verlor jedoch in den frühen 80er Jahren wieder an Bedeutung. Nur der Kampf gegen das AKW Kaiseraugst blieb aktuell.

Aber dann ereignete sich im April 1986 in einem AKW bei Tschernobyl in der Ukraine eine Reaktorkatastrophe, bei welcher radioaktive Stoffe freigesetzt wurden, die - als Wolke durch den Wind verbreitet - in ganz Westeuropa ihre Spuren hinterliessen. Dieses Ereignis führte zu einem erneuten Aufleben der Anti-AKW-Bewegung. Im Juni 1986 fand eine grosse Demonstration vor dem AKW Gösgen statt.¹²¹ Auch wurden zwei neue Initiativen lanciert: Die NWA forderte ein zehnjähriges Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken, die SPS verlangte den Ausstieg aus der Atomenergie. 1988 wurde das Projekt des AKW Kaiseraugst endgültig zu Grabe getragen. Der Bund zahlte der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG für den Verzicht auf den Bau eine Entschädigung von 350 Millionen Franken. 1990 kamen die beiden Initiativen der NWA und der SPS zur Abstimmung. Dabei konnte die Anti-AKW-Bewegung endlich eine nationale Abstimmung gewinnen: Die Moratoriumsinitiative wurde mit 55% Ja-Stimmen angenommen. Die Ausstiegsinitiative wurde mit 53% Nein-Stimmen knapp verworfen. Schliesslich wurde 1995 mit einer Entschädigungszahlung von 227 Millionen Franken auch noch das letzte AKW-Projekt, das AKW Graben, offiziell beendet.¹²²

2.2 Die Energiepolitik des Kantons Solothurn

2.2.1 Der Bau von Wasserkraftwerken

Im Winter 1946/47 führten geringe Niederschläge sowie der wachsende Bedarf an elektrischer Energie zu Engpässen in der Schweizerischen Energieproduktion. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) sah sich deshalb veranlasst, den Verbrauch von elektrischer Energie gesamtschweizerisch einzuschränken. Dies hatte

¹¹⁹ Strahm, Vom Wechseln der Räder, 50.

¹²⁰ Vgl. Kapitel 2.3.2.

¹²¹ Vgl. Kapitel 2.3.5.

¹²² Lüthi, 34f.

erhebliche Produktionsausfälle zur Folge. Der Kanton Solothurn war mit seiner energieintensiven Stahlindustrie, aber auch mit der Uhrenindustrie stark davon betroffen. Aus diesem Grund reichte Kantonsrat Emil Fink, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, 1947 ein Postulat ein, in welchem er den Regierungsrat aufforderte, die Nutzbarmachung der Wasserkräfte im Kantonsgebiet zu fördern. In der Begründung des Vorstosses erwähnte er unter anderem auch «das Gespenst der Arbeitslosigkeit, und zwar nicht wegen Arbeitsmangel, sondern wegen Strommangel»,¹²³ eine Befürchtung, die in den 70er Jahren auch Energieminister Willi Ritschard wieder hegen sollte. Der zuständige Regierungsrat Otto Stampfli beantwortete den Vorstoss mit der Zusicherung, die Regierung werde die Strategie, sich an bestehenden Elektrizitätswerken zu beteiligen, fortsetzen und dem Kantonsrat neue Projekte unterbreiten. Er führte weiter aus, dass es nicht das Ziel der Solothurner Elektrizitätspolitik sei, eine staatliche Elektrizitätsgesellschaft zu gründen. Zu dieser Zeit hielt der Kanton kleinere Beteiligungen an der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) und der Gesellschaft des Aare- und Emmekanal (AEK). Neben diesen beiden Gesellschaften waren auch noch die Bernische Kraftwerke AG (BKW), die Elektra Birsek, die Aargauischen Elektrizitätswerke (AEW), die Elektrizitätswerke der Stadt Aarau und die Kraftwerke Wynau AG im Kanton operativ tätig. Mit Abstand der grösste Stromlieferant war die Atel. 1960 deckte sie insgesamt 56% des ganzen Elektrizitätsverbrauchs im Kanton Solothurn.¹²⁴ Sie betrieb in Ruppoldingen und Niedergösgen auch die beiden grössten Flusskraftwerke im Kanton. In der Nachkriegszeit wurde der grösste Teil der nutzbaren Gefällstrecken auf Solothurner Boden durch die bestehenden Kraftwerke genutzt, jedoch wurde das Potential der Gefällstrecken nicht überall voll ausgeschöpft. Diesen Mangel wollte die Atel mit neuen Kraftwerkprojekten beseitigen.

2.2.2 Die Atel

Da die Atel für die Energiepolitik des Kantons Solothurn von grosser Bedeutung ist, soll in diesem Abschnitt die Geschichte dieser Gesellschaft dargestellt werden. Die Vorläuferin der Atel, die Elektrizitätswerk Olten-Aarburg AG (EWOA) wurde am 31. Oktober 1894 zum Bau und Betrieb des Wasserkraftwerks in Ruppoldingen sowie zur sicheren Stromversorgung gegründet. Nachdem die EWOA in Finanzschwierigkeiten geraten war, übernahm 1912 die Motor Columbus AG die Aktienmehrheit der Gesellschaft. Im Jahre 1936

¹²³ Motion Fink, Protokoll der Kantonsratsverhandlungen, 1948, 219, zitiert in: Arn, 13.

¹²⁴ Arn, 14

fusionierte die EWOA mit der Officine Elettriche Ticinese SA (Ofelti), einer anderen Tochter der Motor Columbus AG, zur Atel. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Firma lag zuerst bei der Stromproduktion. Er verlagerte sich jedoch mit der Zeit immer mehr hin zur Übertragung und dem Handel mit elektrischer Energie. Die Fusion der beiden Gesellschaften markiert aber auch den konsequenten Ausbau der Zusammenarbeit zwischen zwei Kraftwerktypen, den so genannten Pumpspeicherwerken der Olfeti einerseits und den Laufkraftwerken der EWOA. Die durch die Laufkraftwerke produzierte Bandenergie konnte mit der Spitzenenergie der Pumpspeicherwerke kombiniert werden. Diese Zusammenschaltung war jedoch erst durch den konsequenten Ausbau der Übertragungsanlagen möglich. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute die Atel die Stromübertragungsanlagen, insbesondere der Nord-Süd-Achse über die Alpen, kontinuierlich aus. Mit der Erhöhung der Betriebsspannung der Lukmanier- und Gotthardleitung auf 225 kV, dem internationalen Standard, begann die Atel auch im internationalen Stromhandel eine wichtige Rolle zu spielen.¹²⁵ Auch im Geschäft mit der Stromproduktion blieb die Gesellschaft nicht untätig. Sie baute zahlreiche neue Kraftwerke, meist im Verbund mit mehreren Elektrizitätsgesellschaften. Der Vorteil dieser Partnerwerke war, dass sie eine Verteilung der finanziellen, technischen und energiewirtschaftlichen Risiken erlaubten.¹²⁶ Trotz eines Rückgangs der Stromexporte während des Zweiten Weltkriegs konnte die Atel ihre führende Rolle als grösster privater Elektrizitätsproduzent und -exporteur wahren. Bald nach dem Ende des Krieges schloss sie wieder Lieferverträge mit dem Ausland. Die staatliche Electricité de France (EdF), die ebenfalls eine massgebliche Beteiligung an der Motor Columbus AG hielt, entwickelte sich dabei zu einem wichtigen Partner.¹²⁷

Das schnelle Wachstum hatte für die Atel zur Folge, dass Kapazitätsprobleme bei ihrem Verwaltungsgebäude in Olten auftraten. Zusammen mit der Stadt Olten und der PTT gründete sie eine Immobiliengesellschaft und baute ein neues Verwaltungs- und Postbetriebsgebäude. Dieses Gebäude verfügte zu Beginn über einige Raumreserven, die während einiger Jahren für Kunstausstellungen und andere kulturelle Zwecke genutzt wurden.¹²⁸ Durch dieses und auch spätere kulturelle Engagements verschaffte sich die Atel ein spezielles Ansehen in der Region Olten.

¹²⁵ Arn, 31f.

¹²⁶ Zehnmal Zehn Jahre Atel, 131.

¹²⁷ Arn, 32.

¹²⁸ Zehnmal zehn Jahre Atel, 131.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurde die Atel auch im Bereich der Atomenergie aktiv, indem sie sich an den geplanten AKW Kaiseraugst und Leibstadt beteiligte und die Führung des Studienkonsortiums für das AKW Gösgen übernahm.¹²⁹

2.2.3 Die Erhöhung der Beteiligung des Kantons an der Atel 1961

Im Januar 1960 handelte die Solothurner Regierung mit der Atel eine Vereinbarung aus, die es dem Kanton ermöglichte, seine bisher marginale finanzielle Beteiligung¹³⁰ an der Atel zu besonderen Konditionen auf 10% des Aktienkapitals zu erhöhen. Zudem sollte der Kanton einen zusätzlichen Sitz im zwölfköpfigen Verwaltungsrat zugesprochen erhalten. Im Gegenzug verpflichtete sich der Kanton unter anderem, die Konzessionen für die Kraftwerke Flumenthal und Boningen zu erteilen sowie diejenige für das Kraftwerk Niedergösgen um 20 Jahre zu verlängern. Markus Arn stellt in seiner Arbeit die Frage, ob die Regierung überhaupt berechtigt gewesen sei, einen solchen Vertrag abzuschliessen. Dies aus dem Grunde, weil nach dem kantonalen Wasserrechtsgesetz der Regierungsrat für die Vergabe von Konzessionen zur Nutzung der Wasserkräfte zuständig ist. Durch die personelle und finanzielle Verflechtung mit der Atel bestand deshalb die Möglichkeit eines Interessenkonfliktes.¹³¹ Diese Frage wurde in den 60er Jahren jedoch nicht gestellt. Als der Vertrag 1961 vom Kantonsrat behandelt wurde, äusserte sich nur der Sozialdemokrat Manfred Fink kritisch: «Der Staat verpflichtet sich also, der Atel im Kanton eine Monopolstellung zu verschaffen. Man könnte hier eher von einer Einflussnahme der Atel auf den Kanton statt umgekehrt sprechen. Sicher ist jedenfalls, dass der Kanton Solothurn mit der Übernahme eines Elfels des Aktienkapitals der Aare-Tessin AG auf diese Gesellschaft einen nur sehr mittelbaren Einfluss erhält, andererseits die AG eine Monopolstellung für die Elektrizitätswirtschaft im Kanton Solothurn mit Hilfe des gleichen Staates erringt.»¹³² Die übrigen Sprecher standen dem Geschäft alle positiv gegenüber, wobei Gottfried Kaiser, ein anderer Sozialdemokrat, bemerkte: «Es handelt sich bei der Vorlage um ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Wer allerdings den grösseren Nutzen daraus zieht, kann im Moment nicht gesagt werden, da zu viele Unbekannte darin eine Rolle spielen.»¹³³ Die Volksabstimmung über dieses Geschäft warf keine grossen

¹²⁹ Zehnmal zehn Jahre Atel, 144.

¹³⁰ Die Beteiligung des Kantons an der Atel betrug zu dieser Zeit nur 80'000 Franken.

¹³¹ Arn, 47f.

¹³² Verhandlungen des Kantonsrates 1961, 102f.

¹³³ Ebd. 1961, 101.

Wellen, die Vorlage wurde bei einer sehr tiefen Stimmbeteiligung von 29,2% klar angenommen.¹³⁴

Einiges mehr zu diskutieren gab 1968 die Vorlage für eine erneute Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Kantons an der Atel. Vorgesehen war eine Verdoppelung des Aktienkapitals, das der Kanton hielt, von 10 auf 20 Millionen. Inzwischen hatte aber der Friede, der in der kantonalen Energiepolitik geherrscht hatte, eine Störung erfahren. Im Rahmen der zweiten Juragewässerkorrektion wurde 1965 der Bau des Regulier- und Wasserkraftwerkes Flumenthal beschlossen. In der Folge wurde im Kantonsrat von bürgerlicher Seite die Wirtschaftlichkeit dieses Werkes in Frage gestellt. Man erachtete das Werk bei einem Bau eines Atomkraftwerkes als überflüssig. Später wurde auch noch Kritik aus Naturschutzkreisen an dem Werk laut. Der Regierungsrat sah jedoch keinen Grund, die Konzession zurückzuziehen.

Im Kantonsrat äusserten sich alle Fraktionssprecher positiv zur Erhöhung der Beteiligung. Wiederum war es ein Sozialdemokrat, Rudolf Loosli, der sich als einziger kritisch zur Vorlage äusserte: «Wie kann bei einem Verhältnis von 110 Millionen zu 20 Millionen Aktienstimmen von einem vermehrten Mitspracherecht des Staates gesprochen werden?»¹³⁵ Bei der SP betrachtete man die Beteiligung als indirekte sozialistische Politik. Walter Kräuchi sah in der Beteiligung des Kantons einen Schritt zu den in den Parteiprogrammen stehenden Forderungen zur Einflussnahme in die private Wirtschaftssphäre. Die Atel sei «von einer freisinnigen Hochburg nicht zuletzt durch unsere Vertreter ein sozial sehr aufgeschlossenes Unternehmen geworden.»¹³⁶ Bedenken, die Einflussnahme könnte auch in umgekehrter Richtung verlaufen, kamen bei den Genossen nicht auf. Laut Rudolf Bachmann gab es keine grösseren Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanton und der Atel: «Es gab zu meiner Zeit keine heiklen Situationen, in denen die Interessen der Elektrizitätsindustrie gegen diejenigen des Kantons gestanden hätten. Man musste immer schauen, dass sich die Atel und die Gemeinden bei den Strompreisen einig wurden. Die Atel hatte natürlich ein Interesse, möglichst viel Gewinn zu machen, da mussten wir bisweilen dämpfend eingreifen. Aber sonst war man sich im Verwaltungsrat weitgehend einig.»¹³⁷

Trotz der Unterstützung durch die traditionellen Parteien wurde die zweite Erhöhung der Beteiligung des Kantons an der Atel vom Volk am 23. Juni 1968 deutlich abgelehnt. Im Vorfeld der Abstimmung

¹³⁴ Arn, 57.

¹³⁵ Verhandlungen des Kantonsrates 1968, 143.

¹³⁶ Protokoll der KR-Fraktion, 23. April 1968.

¹³⁷ Interview mit Rudolf Bachmann, A63.

hatte sich ein Gegnerkomitee gebildet, und auch der im Kanton Solothurn neu auftretende LdU hatte sich für ein Nein stark gemacht. Neben der Kritik an den Investitionskosten für die Beteiligungserhöhung dürften auch die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung und die Auseinandersetzungen um das Kraftwerk Flumenthal für das deutliche Nein ausschlaggebend gewesen sein.¹³⁸

2.2.4 Die Interpellation Kräuchi:

Ein moralischer Anspruch auf ein AKW?

Am 26. April 1967 reichte Walter Kräuchi zusammen mit 22 Mitunterzeichnern der SP-Fraktion eine Interpellation über die Planung und den Bau von Atomkraftwerken mit folgendem Wortlaut ein:

«Die Konzessionserteilung der Regierung zum Bau des Kraftwerks Flumenthal wurde nachträglich in der Öffentlichkeit zum Teil kritisiert. Es wurde darauf hingewiesen, speziell auch aus Kreisen des Naturschutzes, dass beim heutigen Stand der Technik der Bau von Atomkraftwerken zweckmässiger sei.

Der Kanton Aargau und der Kanton Bern haben den Bau von Atomkraftwerken an der Aare beschlossen. Wie aus der Presse zu erfahren war, beabsichtigt die Atel, an welcher der Kanton Solothurn beteiligt ist, am Bau eines Atomkraftwerkes in Kaiseraugst (Aargau) mitzuwirken.

Wäre es unter den gegebenen Verhältnissen nicht zweckmässiger und finanzpolitisch von grosser Bedeutung, den Bau eines Atomkraftwerkes im Kanton Solothurn zu befürworten? Die Regierung wird deshalb um folgende Antworten gebeten:

1. Befürwortet die Solothurner Regierung den Bau eines Atomkraftwerkes im Kanton Solothurn?
2. Hat die Solothurner Regierung ihren Einfluss für eine koordinierte Planung von Atomkraftwerken eingesetzt und die bedeutenden Interessen des Kantons Solothurn in der neuen Phase des Kraftwerkbaues gewahrt?»¹³⁹

In der Begründung seiner Interpellation sprach Kräuchi davon, dass man, nachdem die verantwortbare Nutzung der Wasser weitgehend erreicht sei, eigentlich zu ölbefeuerten thermischen Kraftwerken hätte Zuflucht nehmen müssen. Ein Atomkraftwerk bringe aber mehr Vorteile: «Bei verhältnismässig kleinem Landbedarf erzeugt es riesige Quantitäten Strom zu sehr billigen Preisen und bringt Beschäftigung für qualifizierte Arbeitskräfte. Ein Atomkraft-

¹³⁸ Arn, 61–63.

¹³⁹ Verhandlungen des Kantonsrates 1967, 232f.

werk erzeugt keinen Lärm, verunreinigt die Luft und das Wasser nicht. Besonders auch aus Kreisen des Naturschutzes wurde der Bau von Atomkraftwerken, im Gegensatz zu Laufwerken, sehr begrüsst. Die Sicherheitsfaktoren sind heute technisch völlig geklärt. Ein Atomkraftwerk könnte nach amerikanischer Auffassung ohne Gefahr inmitten einer Grossstadt erstellt werden. Was zu einem Atomkraftwerk gehört, ist ein wasserreicher Fluss, weil das Werk grosse Mengen von Kühlwasser benötigt. Der Kanton Solothurn wäre mit der Aare als Standort zum Bau eines Atomkraftwerkes äusserst geeignet. Es muss daher verwundern, dass die Atel, an der unser Kanton mit 10% des Aktienkapitals beteiligt ist, Pläne entwickelt, um am Grenzfluss Rhein ein Atomkraftwerk zu erstellen, wenn sie im eigenen Kanton wenigstens gleichwertige, vermutlich jedoch günstigere Voraussetzungen vorfände.»¹⁴⁰ Aus dieser Begründung wird ersichtlich, dass zu dieser Zeit Atomkraftwerke von Naturschutzkreisen noch als positiv beurteilt wurden, da man den Bau von ölthermischen Anlagen verhindern wollte. Dass Kräuchi die Sicherheitsfaktoren als technisch völlig geklärt bezeichnete, zeigt, dass man sich noch nicht grosse Vorstellungen darüber machte, wo mögliche Risiken lagen.

Willi Ritschard bat Kräuchi am 30. Mai in einer ersten Stellungnahme um etwas Geduld, da der Regierungsrat gerade in Verhandlungen mit der Atel sei. Der Interpellant war mit diesem Vorgehen einverstanden. Ritschard beantwortete den Vorstoss am 27. Juni wie folgt: «Als wir vor etwa 2 Jahren zum ersten Male von diesem Projekt hörten, haben wir im Verwaltungsrat sofort den Wunsch ausgesprochen, es möchte geprüft werden, ob nicht im Kanton Solothurn ein Standort für ein solches Werk gefunden werden könnte. Die Gründe für einen solchen Wunsch sind naheliegende. Es handelt sich um eine Investition von einigen hundert Millionen Franken, deren Ausführung an sich zu einer Belebung der kantonalen Volkswirtschaft führen könnte. Dazu wird der Arbeitsmarkt durch den Betrieb eines Atomkraftwerks nicht besonders stark belastet. Die Belegschaft würde 70 bis 80 Mann betragen[...].» Er wies auch darauf hin, dass die zu erwartenden Steuereinnahme Balsam für die Staatsfinanzen wären. In Bezug auf die geplante schrittweise Erhöhung der Beteiligung des Kantons an der Atel auf 30% meinte er: «Diese grosse Beteiligung gibt uns [...] zwar nicht einen Rechts-, aber doch einen moralischen Anspruch darauf, dass der Kanton Solothurn bei der zukünftigen Entwicklung der Atel in erster Linie berücksichtigt wird.»¹⁴¹ Die Antwort von Willi Ritschard zeigt ganz klar, dass der

¹⁴⁰ Verhandlungen des Kantonsrates 1967, 306–309.

¹⁴¹ Ebd., 429–432.

Regierungsrat ebenfalls ein Interesse daran hatte, dass die Atel ihr AKW auf Solothurner Gebiet baut, und er sich dementsprechend im Verwaltungsrat der Atel für sein Anliegen einsetzte.

2.2.5 Das AKW Gösgen wird gebaut

Gegen Ende 1969 erschienen in verschiedenen Zeitungen Notizen über die Absicht der Atel, in absehbarer Zeit in Gösgen ein AKW zu bauen. Dazu wurde ein Studienkonsortium unter der Führung der Atel gebildet. Zuvor war das Projekt im Stillen ausgearbeitet worden. Der Grund dafür war, dass eine Studie der Motor Columbus AG, die die beiden Standorte Kaiseraugst und Gösgen untersuchte, für Gösgen vorteilhaft ausgefallen war. Um nicht Zweifel am Projekt Kaiseraugst aufkommen zu lassen, verzichtete man auf die Publikation dieser Studie. Die Atel wurde dadurch bestärkt, in Gösgen eine Alternative zu Kaiseraugst zu sehen. Dies wiederum störte das Verhältnis der Atel zu ihrer Muttergesellschaft Motor Columbus AG.¹⁴² Im Juli 1970 reichte die Atel das Gesuch für die Standortbewilligung für ein AKW in Gösgen ein. In der Folge wurden die Gemeindevertreter über das Projekt informiert und das Gesuch für die Kühlwasserentnahme aus der Aare wurde publiziert. Für den Bau des AKW Gösgen wurde 1973 die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) gegründet. Hauptaktionärin war die Atel, weitere Beteiligung hielten die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW), die Stadt Zürich, die Einwohnergemeinde der Stadt Bern und die SBB.

Der Widerstand der Gruppe «Pro Niederamt»

Als einzige Gemeinde des Niederamtes sprach sich Schönenwerd vorbehaltlos gegen den Standort des geplanten Werkes aus. Die anderen Gemeinden stimmten zu, wenn auch mit gewissen Bedenken. Zur gleichen Zeit wurden aber auch Befürchtungen gehegt, die Aare, respektive der Rhein, würden sich durch die bestehenden und geplanten Werke mit Flusswasserkühlung zu stark erwärmen. 1971 erliess deshalb der Bund ein Verbot zur weiteren Entnahme von Kühlwasser aus Flüssen. Im Niederamt glaubte man deshalb, das Projekt Gösgen sei damit gestorben. Jedoch wurde ein Jahr darauf ein Projekt vorgestellt, bei dem die Kühlung durch einen Kühlturm erfolgen sollte. Gerade dieser Kühlturm provozierte Widerstand und weckte Ängste in der Bevölkerung. SP-Fraktionspräsident Erwin Grob reichte deshalb im Juni 1972 im Kantonsrat eine Interpellation mit zwei Fragen ein:

¹⁴² Kupper, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, 74f.

1. «Welche Massnahmen können getroffen werden und welche Möglichkeiten bestehen, um die Umwelt vor Schäden durch das Kernkraftwerk und den Ausstoss des Kühlturmes zu schützen?»
2. «In welcher Art und Weise kann der Kühlturm gebaut werden, um die Landschaft in ihrer Natürlichkeit und Unversehrtheit möglichst zu erhalten?»¹⁴³

In seiner Antwort führte Regierungsrat Hans Erzer aus: «Zu Ziffer 1. Massnahmen und Möglichkeiten zur Vermeidung von Schäden und Immissionen: Das Bewilligungsverfahren für ein KKW ist durch Bundesrecht geregelt. Strenge, nach wissenschaftlichen Kriterien (medizinisch, biologisch, radiologisch) aufgestellte Grenzwerte der Strahlung müssen eingehalten werden.»¹⁴⁴ Zur zweiten Fragen meinte er, dass dieses Ziel kaum zu erreichen sei. Man könne bei Gösgen aber auch nicht von einer unversehrten und natürlichen Landschaft sprechen. Weiter habe ein Kühlturm auch etwas Ästhetisches. Grob zeigte sich von der Antwort befriedigt.¹⁴⁵

Gleichzeitig zum neuen Projekt mit Kühlturm wurden in den Gemeinden Däniken und Gretzenbach, auf deren Boden das Werk zu stehen kommen sollte, Zonenpläne erstellt, in denen das entsprechende Land als Industrie- und Energiezone ausgeschieden wurde. Gegen diese Zonenpläne erhob die Nachbargemeinde Obergösgen Einspruch, der Gemeinderat zog ihn jedoch kurze Zeit später überraschend wieder zurück. Der AKW-kritische Verein «Pro Niederramt» mutmasste, die Atel habe die Gemeinde unter Druck gesetzt. Eine strafrechtliche Untersuchung wegen Nötigung verlief im Sand, obwohl es Anhaltspunkte gab, dass Druck ausgeübt worden war. Josef Kyburz, der Ammann von Obergösgen, meinte, man habe mit der Einsprache die Gemeinde Däniken dazu bewegen wollen, dass sie dem freiwilligen Steuerverteilschlüssel zustimme. Däniken sollte jährlich über drei Millionen Franken Steuereinnahmen von der KKG erhalten, und davon wollte hätte auch Obergösgen profitieren wollen.¹⁴⁶ Ende Oktober 1972 erteilte der Bund die Standortbewilligung für das AKW Gösgen, und im November wurde das Baugesuch aufgelegt. Dagegen wurden verschiedene Einsprachen erhoben. Däniken lehnte sie alle ab und erteilte im Januar 1973 die Baubewilligung. Obwohl die Einsprachen weitergezogen worden und noch hängig waren, begannen im Juni 1973 die Baumaschinen mit ihrer Arbeit. Als Reaktion darauf reichten verschiedene bürgerliche Politiker Vorstösse im Kantonsrat

¹⁴³ Verhandlungen des Kantonsrates 1972, 625.

¹⁴⁴ Ebd., 957.

¹⁴⁵ Ebd., 958.

¹⁴⁶ Boos, 89–93.

ein, um Auskunft über die Vorgänge zu erhalten. Regierungsrat Hans Erzer meinte auf den Vorwurf, das Bewilligungsverfahren sei überstürzt gewesen: «Wenn eine Baukommission zur Erledigung von 30 Einsprachen 15 Sitzungen abhält und sich mit den Einwendungen auf mehr als 60 Schreibmaschinenseiten auseinandersetzt, kann man bei korrekter und sachlicher Beurteilung nicht von einem überstürzten Verfahren sprechen.»¹⁴⁷

Zu Beginn kam der Widerstand gegen das AKW Gösgen von bürgerlichen Politikern. Hans Roth meint dazu: «Danach kam der Kühlturm und damit die Opposition vor allem auch von den Freisinnigen. Die bekamen dann Angst um die Liegenschaftspreise ihrer Häuser, wenn da plötzlich ein Turm davor steht. Die Aktion «Pro Niederamt» wurde vorwiegend durch Freisinnige getragen, weniger durch unsere Kreise. Das hing natürlich auch mit Willi Ritschard zusammen.»¹⁴⁸

Die «Pro Niederamt» versuchte weiter, auf allen politischen Ebenen zu intervenieren. Jedoch liessen sich weder die Bundesbehörden noch der Kanton Solothurn auf eine Diskussion ein. Deshalb lancierte die «Pro Niederamt» eine Initiative zur Absetzung des Regierungsrats, was nach Solothurner Verfassung möglich war. Das Volksbegehren war vor allem gegen Regierungsrat Willi Ritschard gerichtet, den Vize-Verwaltungsratspräsidenten der Atel. Als Reaktion darauf verabschiedete der Parteitag der SPSO am 17. November 1973 eine Resolution zum Kernkraftwerk Gösgen: «Die Sozialdemokratie ist überzeugt, dass weder vorbehaltlose Wachstumsfeindlichkeit noch vorbehaltloses Wachstumsdenken zum Ziele führen. Die Güterherstellung und der Konsum müssen möglichst zugunsten der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Durchsetzung einer humaneren Arbeitswelt zurücktreten. In diesen Rahmen ist auch die Energieproduktion zu stellen.»¹⁴⁹ Vom Bund wurde eine Gesamtenergiekonzeption gefordert. Zudem wurde die Frage gestellt, «ob anstelle der Errichtung von das Landschaftsbild störenden Kühlvorrichtungen die überschüssige Wärme nicht einer Verwertung zugeführt werden könnte.»¹⁵⁰ Die Initiative der «Pro Niederamt» wurde als untaugliches Mittel abgelehnt.

Mit der Wahl von Willi Ritschard im Dezember 1973 in den Bundesrat verlor die Abberufungsinitiative an politischer Kraft, da ihr nun das Hauptziel fehlte. Die gleichzeitig einsetzende Ölkrise brachte den Widerstand gegen das AKW vorläufig zum Erliegen. Angst um

¹⁴⁷ Verhandlungen des Kantonsrates 1973, 183–203.

¹⁴⁸ Interview mit Hans Roth, A55.

¹⁴⁹ Solothurner AZ, 19. November 1973.

¹⁵⁰ Ebd.

den Arbeitsplatz breitete sich aus, die Bürger scheuten sich, die Abberufungsinitiative zu unterschreiben, weil sie fürchteten, man erfahre, wer unterschrieben habe. Die Initiative kam in der Folge nicht zustande.

Die Besetzungsversuche von Gösgen

1977 wurde die Opposition gegen das AKW Gösgen erneut aktiv. Es wurde die Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke Solothurn (UeBA) gegründet, um die erste Atominitiative und die Petition für einen vierjährigen Baustopp aller AKWs in der Schweiz zu unterstützen. Ende Mai 1977 fand ein Pfingstmarsch statt, an dem über 10 000 Personen teilnahmen und der auf dem Gelände des AKW endete. An dieser Veranstaltung wurde über die Vorbereitung einer Besetzung diskutiert. Um die Besetzung zu koordinieren, gründete man in der darauf folgenden Woche das Schweizerische Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen (SAG). Der Kopf des SAG war der Basler Lehrer André Froideveaux, ein Mitglied der RML. Der erste Besetzungsversuch fand am Samstag, dem 25. Juni, statt. Die über 2000 AKW-Gegner zogen von Olten aus nach Däniken, wo sie versuchten, die Zufahrtswege zum Baugelände gewaltlos zu blockieren. Zuvor hatten die Solothurner Kantonsschullehrer vom Regierungsrat ein faktisches Demonstrationsverbot erhalten,¹⁵¹ und einige Schulpräsidenten hatten Lehrern mit der Nicht-Wiederwahl gedroht, falls sie an den Besetzungsversuchen teilnehmen würden.¹⁵² Die Solothurner Regierung wollte die Besetzung unter allen Umständen verhindern, da man keine Situation wie in Kaiseraugst entstehen lassen wollte. Da die Kantonspolizei alleine nicht in der Lage war, die Besetzung zu verhindern, gelangte Polizeidirektor Gottfried Wyss an den Bundesrat, um von den anderen Kantonen Unterstützung zu erhalten.

Als die Besetzer in Däniken angelangt waren, sahen sie sich deshalb etwa 1000 hochgerüsteten Polizisten gegenüber. Nach mehrmaligen Aufforderungen der Polizei an die Demonstranten, sich zurückzuziehen, räumte die Polizei die Zufahrtswege mit Wasserwerfern und zwei Tränengaseinsätzen. Es kam zu Steinwürfen auf die Polizisten von Seiten der Besetzer. Das Kommando der Besetzer distanzierte sich von solchen Aktionen und forderte einen Gewaltverzicht. Auf beiden Seiten gab es einige Leichtverletzte. Zu reden gab die Frage, ob die Polizei Tränengas oder Giftgas eingesetzt hatte. Dies wegen den bei mehreren Besetzern aufgetretenen Hautentzündungen und

¹⁵¹ Interview mit Hans Roth, A55.

¹⁵² Leserbrief von Arno Oppliger. In: Solothurner AZ, 7. Juli 1977.

-verätzungen. Die Besetzer werteten die Aktion als Erfolg und beschlossen am nächsten Tag, am darauf folgenden Samstag einen erneuten Versuch zu starten. Das SAG nutzte die Woche zwischen den zwei Besetzungsversuchen, um weitere Personen für ihr Anliegen zu mobilisieren. Es verteilte Flugblätter und organisierte in verschiedenen Städten Demonstrationen.¹⁵³ Diese Mobilisierung war erfolgreich, am 2. Juli marschierte ein Demonstrationstrupp von etwa 6000 Besetzern nach Däniken. Dieses Mal versuchten die Besetzer die Zufahrtswege an drei verschiedenen Stellen zu blockieren. Als der Demonstrationstrupp unterwegs war, forderte Polizeidirektor Gottfried Wyss die Besetzer auf, keine illegalen Aktionen durchzuführen. Er fand damit aber kein Gehör: «Beim <Schäfer> in Dulliken traf ich sie an und sagte ihnen mit dem Megaphon, dass das Demonstrationsrecht gewährleistet sei, wir aber gegen eine Besetzung einschreiten müssten. Darauf wurden Bierflaschen gegen das Auto geworfen.»¹⁵⁴ Die Demonstranten besetzten die Zufahrtswege in Dulliken, beim Postzentrum Däniken und beim Bahnhof Däniken und errichteten dort Barrikaden. Nachdem die Polizei die Besetzer am Nachmittag hatte gewähren lassen, ging sie am Abend zuerst gegen die Besetzung beim Postzentrum und danach gegen diejenige beim Bahnhof Däniken mit Tränengas, Wasserwerfern und erstmals auch Gummigeschossen vor. Auf dem Bahnhof Däniken wäre es dabei fast zu einem schweren Zwischenfall gekommen. Während Leute auf der Flucht vor den Tränengasschwaden die Geleise überquerten, fuhr ein Schnellzug mit kaum gedrosselter Geschwindigkeit durch den Bahnhof. Glücklicherweise ging das Ganze glimpflich aus, niemand wurde verletzt. Die Polizei hatte vorgängig die SBB vergeblich ersucht, die Züge während des Einsatzes zu stoppen.

In Dulliken verzichtete die Polizei auf einen Einsatz. Die Besetzer verbrachten dort die Nacht und zogen am Sonntag gegen Mittag ab.

Auf beiden Seiten hatte es erneut einige Leichtverletzte gegeben. Die Polizei präsentierte an ihrer Pressekonferenz Waffen, die sie bei den Demonstranten beschlagnahmt hatte, darunter einen Revolver (ohne Munition), eine Stahlkette, Stahlkugeln, Stelmesser und einen Molotowcocktail. Nach dem zweiten Besetzungsversuch wurde André Froideveaux für kurze Zeit festgenommen. Im März 1978 wurden fünf Mitglieder des SAG «wegen Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamten» zu geringen Bussen verurteilt, ein Mitglied wurde freigesprochen.¹⁵⁵ Sowohl Gottfried Wyss als auch Rudolf Bachmann wiesen im Gespräch darauf hin, dass sich der Regierungsrat bemühte,

¹⁵³ Solothurner AZ, 27. Juni 1977.

¹⁵⁴ Interview mit Gottfried Wyss, A5.

¹⁵⁵ Boos, 96.

alles im gesetzlichen Rahmen abzuwickeln und sich keine Fehler zu Schulden lassen zu kommen. Deshalb habe man André Froideveaux auch erst nach den Besetzungsversuchen festgenommen, da vorher nichts gegen ihn vorlag.¹⁵⁶

Die Art der Polizeieinsätze bei Gösgen stellten für die Schweiz ein Novum dar. Die Besetzer rechneten nicht damit, Polizisten in Kampfmontur mit Helm, Kampfstiefeln und Schildern gegenüberzustehen. Man empfand die Einsätze als brutal und sie erregten Aufsehen in der gesamten Schweiz. Die AKW-Gegner sahen sich in Gösgen einem «Atomstaat» gegenüber. Diesen Begriff hatte Robert Jungk mit seinem gleichnamigen Buch geprägt.¹⁵⁷ In der Frage, ob bei den Polizeieinsätzen neben Tränengas auch Giftgas eingesetzt worden war, bestätigte ein Experte, dass keine unbekannteren Kampfstoffe verwendet worden waren – die verwendeten Stoffe fielen alle unter die Bezeichnung Tränengas.¹⁵⁸ Die Besetzer kamen vielfach von auswärts und waren nicht in erster Linie Ortsansässige. Die einheimische Bevölkerung sympathisierte zwar mit den Besetzern und verurteilte die Polizeieinsätze, engagierte sich aber nicht im aktiven Widerstand. In einer Isopublic-Umfrage sprach sich im August 1977 die Bevölkerung des Niederamtes zu 76% für die Inbetriebnahme des AKW Gösgen aus.¹⁵⁹

Pressereaktionen

Am Tag vor dem ersten Besetzungsversuch erschien in der «Solothurner AZ» ein grosser Artikel, in dem eine mögliche Konfrontation thematisiert wurde. Im Kommentar zum Artikel schrieb Bruno Schäfer: «Was uns aber Angst macht, sind die Informationen über die Vorbereitungen. Sie könnten ein Pulverfass darstellen, in das morgen Samstag nur noch der Funke springen muss.»¹⁶⁰ Nach erfolgter Auseinandersetzung bezeichnete die «Solothurner AZ» den Polizeieinsatz als brutal. Sie gab jedoch den Besetzern zu bedenken, dass ihr Widerstand den Atomkraftwerken gelte und nicht den Polizisten, und sprach sich für eine friedliche und demokratische Problemlösung aus.¹⁶¹ Der zweiten Auseinandersetzung widmete die «Solothurner AZ» drei Seiten. In einem Kommentar bezeichnete die Redaktion das Vorgehen der Polizei als «zu energi(e)schen Einsatz».¹⁶² Sie relativierte die Polizei-

¹⁵⁶ Interview mit Gottfried Wyss, A6.

¹⁵⁷ Jungk.

¹⁵⁸ Solothurner AZ, 14. Juli 1977.

¹⁵⁹ Solothurner AZ, 27. August 1977.

¹⁶⁰ Solothurner AZ, 24. Juni 1977.

¹⁶¹ Solothurner AZ, 27. Juni 1977.

¹⁶² Solothurner AZ, 4. Juli 1977.

berichte über das von der Polizei sichergestellte Waffenarsenal: «Eine (1) Stahlkugel unter 6000 Leuten – ein Beispiel für was? Für eine Rechtfertigung? Wo doch nur das Recht verteidigt wurde?»¹⁶³ Gottfried Wyss war nach Ansicht der «Solothurner AZ» nicht zu beneiden, allein in seinem BMW mit Chauffeur habe er es mit Zureden versucht, habe aber bei den Besetzern kein Gehör gefunden.

Das freisinnige «Oltner Tagblatt» (OT) widmete dem ersten Polizeieinsatz sowie dem Demonstrationenzug einen ausführlichen Bericht. Auf einen Kommentar zum Geschehen wurde verzichtet.¹⁶⁴ Im Kommentar zum zweiten Besetzungsversuch wurde der Polizeieinsatz als «konsequent aber korrekt»¹⁶⁵ bezeichnet. Den AKW-Gegnern wurde vorgeworfen, die Auseinandersetzungen bewusst in Kauf genommen zu haben, um eine Solidarisierung der betroffenen Bevölkerung mit ihrer Bewegung zu erreichen. Aber auch die Bundesbehörden wurden vom «OT» kritisiert. Zu lange habe Bern das Problem der fehlenden Mitsprache der Niederämter ignoriert. Das Volk solle nun möglichst bald über die Atominitiative und das revidierte Atomgesetz abstimmen können.¹⁶⁶

Der Berichterstatter der freisinnigen «Solothurner Zeitung» (SZ) bezeichnete die Polizeieinsätze als hart und in ihrer Wirkung teilweise brutal.¹⁶⁷ Kommentator Jörg Kiefer wies auf einzelne Fehler der Polizei hin (Einsatz von Hunden bei der Räumung, Wurf einer Tränengasgranate in eine Gruppe von Journalisten), betonte aber auch, dass sich die Bevölkerung des Niederamtes nicht mit den Besetzern solidarisiert habe, sondern sich vielmehr von solchen Aktionen distanzieren.¹⁶⁸

Der Berichterstattung über die Auseinandersetzungen räumten die konservativen «Solothurner Nachrichten» (SN) weniger Platz ein als die anderen Solothurner Zeitungen. Auch sie beurteilten das Vorgehen der Polizei als richtig. Weiter forderten sie eine politische Auseinandersetzung um die AKW und dass «eine *Unité de doctrine* über das Wieviel, das Wo, das Wann gefunden werde.»¹⁶⁹

Der sozialdemokratische «Freie Aargauer» titelte nach dem zweiten Besetzungsversuch «Grosserfolg für A-Werk-Gegner»,¹⁷⁰ weil diesmal über 6000 Personen teilgenommen hatten. Der Polizei wurde

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ OT, 27. Juni 1977.

¹⁶⁵ OT, 4. Juli 1977.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ SZ, 27. Juni 1977.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ SN, 4. Juli 1977.

¹⁷⁰ Freier Aargauer, 4. Juli 1977.

vorgeworfen, sie sei der Situation nicht gewachsen gewesen und habe es an Fingerspitzengefühl fehlen lassen. Hanspeter Eggenberger beschrieb das Auftreten der fünf Solothurner Regierungsräte an der Pressekonferenz als arrogant und dem «Problem Gösgen» nicht angemessen.¹⁷¹

Der Kommentator des freisinnigen «Aargauer Tagblatts» sah im Tränengas und den Wasserwerfern die «einigermassen angemessene Antwort auf die Provokation des Rechtsstaates durch eine anonyme Masse, die sich mit Besetzungsabsichten trägt.»¹⁷²

Das ebenfalls freisinnige «Badener Tagblatt» sah in der «Schlacht von Gösgen» nicht nur eine Niederlage der Besetzer, sondern auch einen «massiven Verlust an Glaubwürdigkeit» der Atomkraftwerkgegner.¹⁷³ Gewonnen hätten linksextreme Gruppierungen und ein kleines Grüppchen von Anarchisten.

In den bürgerlichen Blättern wurde den Besetzern die Gewaltlosigkeit meist abgesprochen, da sie aggressiv und ungesetzlich gehandelt hätten.

Die «Basler AZ» hingegen beschrieb den Polizeieinsatz als «Bürgerkrieg, wenn auch nur von einer Seite geführt.»¹⁷⁴

Ende September 1978 erteilte Willi Ritschard als Vorsteher des EVED die Inbetriebnahmebewilligung für das AKW Gösgen. Nach einem Probetrieb nahm das Werk am 30. Oktober 1979 den kommerziellen Betrieb auf.¹⁷⁵

Die Spanienreise der Solothurner Regierung

Erst im Frühling 1983 geriet der Kanton Solothurn im Zusammenhang mit dem AKW Gösgen wieder in die Schlagzeilen. «Korrumpierte Solothurner Regierungsräte?» titelte die «Solothurner AZ» am 18. Mai 1983. Was war geschehen? Zu ihrem zehnjährigen Bestehen hatte die KKG eine Studienreise nach Spanien mit der Besichtigung des AKW von Trillo veranstaltet. Eingeladen waren die gesamte Solothurner Regierung, Bundesrat Willi Ritschard und noch weitere Vertreter von anderen Kantonsregierungen, insgesamt etwa 60 Personen. Die Solothurner Regierungsräte wie auch Willi Ritschard leisteten der Einladung zusammen mit ihren Gattinnen Folge. Nach ihrer Rückkehr eröffnete Rudolf Montanari, der solothurnische Staatsanwalt, eine Untersuchung gegen die Regierung wegen unerlaubter Annahme von

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Aargauer Tagblatt, 27. Juni 1977.

¹⁷³ Badener Tagblatt, 4. Juli 1977.

¹⁷⁴ Basler AZ, 27. Juni 1977.

¹⁷⁵ Boos, 97-98.

Geschenken.¹⁷⁶ Fritz H. Dinkelmann forderte darauf in der «Solothurner AZ» den Rücktritt der Regierung: «Ein Regierungsrat verdient im Jahr rund 130000 Franken. Das Volk zahlt seine Regierungsräte gut für ihre Arbeit. Wir sollten uns eine andere Regierung leisten, eine anständige, eine, die sich nicht korrumpieren lässt und sich die Ferien vom AKW Gösigen bezahlen lässt.» Er wandte sich auch an den Bundesrat: «Willi Ritschard, Du warst auch dabei. Erklär Dich!»¹⁷⁷ Tags darauf forderten auch die POCH und die UeBA den Rücktritt der Regierung. Verschiedene SP-Vertreter empfanden das Verhalten der Regierung als verwerflich. Ständerat Walter Weber bezeichnete die Spanienreise als «eine unverantwortliche <Kalberei> dem Volk gegenüber.»¹⁷⁸ Hingegen nahm Gottfried Kaiser, der Präsident der Kantonalpartei, die Regierungsräte in Schutz.¹⁷⁹ Der Regierungsrat, FDP und CVP, sowie die bürgerliche Presse kritisierten den Staatsanwalt und die Untersuchungsrichter. Sie warfen ihnen vor, unverhältnismässig gehandelt, die Angelegenheit aufgebauscht und unnötigerweise die Öffentlichkeit gesucht zu haben. Landammann Walter Bürgi meinte dazu vor dem Kantonsrat: «Es bestand nach unserem Dafürhalten kein Grund, in diesem Ermittlungsverfahren gegen den Regierungsrat zwei Untersuchungsrichter und die Polizei einzusetzen. Wir hätten den Untersuchungsbehörden, wenn sie uns telefonisch oder schriftlich angefragt hätten, alle Unterlagen zu dieser Reise ohne weiteres geliefert. Die Untersuchungsbehörden haben in diesem Fall den Grundsatz der Verhältnismässigkeit nicht beachtet. Sie haben von Anfang an die Publizität gesucht, obwohl sie zur Diskretion und Verschwiegenheit verpflichtet sind.»¹⁸⁰

Brisant war in diesem Zusammenhang, dass der Solothurner Staatsanwalt bereits in einer anderen Sache, der so genannten «HWV-Affäre», gegen die Regierung ermittelte. Der Rektor der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) Olten hatte Geld veruntreut, und der Regierungsrat hatte die Angelegenheit in Eigenregie geregelt, indem der Rektor kündigen musste und ihm ein Teil des Lohnes abgezogen wurde. Die Regierung verzichtete dafür auf eine Strafanzeige und verweigerte die Herausgabe der betreffenden Akten an das Untersuchungsrichteramt Olten. Deshalb verklagte der LdU den Solothurner Regierungsrat vor dem Amtsgericht Solothurn-Lebern wegen Begünstigung. Auf den weiteren Verlauf dieses Verfahrens werde ich später noch eingehen.

¹⁷⁶ Verhandlungen des Kantonsrates 1983, 470–474.

¹⁷⁷ Solothurner AZ, 18. Mai 1983.

¹⁷⁸ Solothurner AZ, 18. Oktober 1983.

¹⁷⁹ Solothurner AZ, 20. Mai 1983.

¹⁸⁰ Verhandlungen des Kantonsrates 1983, 473.

Am 26. Mai 1983 befasste sich der Kantonsrat mit der Angelegenheit der Spanienreise. In ihren Fraktionserklärungen äusserten sich die Parteien unterschiedlich. Der Sprecher der FdP sah die Spanienreise im Rahmen der üblichen Wirtschaftskontakte der Regierung und wollte sie nicht verurteilen. Er sorgte sich vielmehr darum, dass alle fünf Regierungsräte zusammen im Ausland waren und auch denselben Flug genommen hatten. Den grössten Teil seiner Fraktionserklärung widmete er den Untersuchungsbehörden, welchen er Unverhältnismässigkeit und Verfahrensfehler unterstellte.¹⁸¹ Otto Goetschi von der CVP kritisierte den Regierungsrat, meinte aber auch: «Wenn wir den Regierungsrat schon tadeln, dann müssen wir auch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsrichter verurteilen. Mit ihren Methoden haben sie jegliches Mass der Unverhältnismässigkeit verloren.»¹⁸² Als «Gedankenlos und ungeschickt» bezeichnete SP-Fraktionspräsident Walter Weber jun. das Verhalten der Regierung. Politisch und psychologisch hätten die Exekutivmitglieder «die Grenze des Vertretbaren überschritten». Weiter meinte er: «Nicht nur Zurückhaltung, sondern klarer Verzicht aufgrund von politischem Fingerspitzengefühl wäre in einem solchen Fall angezeigt. Da gibt die Zuflucht zur Bezeichnung «Informationsreise» und die Tatsache, dass der Staat Atel-Teilhaber ist, für die rechtliche Seite vielleicht eine ausreichende, für die politische aber kaum eine Entschuldigung ab.» Er zog jedoch auch das Verhalten der Untersuchungsbehörden in Zweifel: «Grosse Zweifel hingegen betreffen die Frage der Angemessenheit ihres Einsatzes und die Würde ihres Verhaltens gegenüber den Betroffenen. Wenn sich die Vorfälle, wie sie weitervermittelt wurden, wirklich so abgespielt haben – dann muss auch hier von Unangemessenheit und Fehlverhalten gesprochen werden.»¹⁸³ Ein Antrag auf eine Diskussion wurde abgelehnt. Die Mehrheit des Kantonsrats war der Meinung, eine Diskussion würde nichts zur Klärung der Situation beitragen und noch mehr Emotionen erzeugen.¹⁸⁴ Die SP-Fraktion wurde von der «AZ»¹⁸⁵ und später auch von Jean-Maurice Lätt¹⁸⁶ für ihre Haltung in dieser Frage kritisiert. Walter Weber führt diese Kritik darauf zurück, dass eine Passage der Fraktionserklärung von der «AZ» falsch aufgefasst und deshalb falsch wiedergegeben wurde. Die GL machte etwas später die leicht gekürzte Fraktionserklärung zur Parteierklärung, ohne dass jemand dagegen protestierte.¹⁸⁷

¹⁸¹ Ebd., 534–535.

¹⁸² Ebd., 537.

¹⁸³ Ebd., 537f.

¹⁸⁴ Ebd., 540.

¹⁸⁵ Solothurner AZ, 27. Mai 1983.

¹⁸⁶ Lätt, 306.

¹⁸⁷ Interview mit Walter Weber jun., A16f.

Damit war die politische Auseinandersetzung um die Spanienreise abgeschlossen. In der Gerichtsverhandlung im Januar 1984 stellten sich die Regierungsräte auf den Standpunkt, sie seien skeptisch gegenüber dem Bau von Kaiseraugst und Graben, sowie ablehnend gegenüber Nagra-Bohrungen im Kanton Solothurn. Eine Beeinflussung von Seiten der KKG habe also nicht stattgefunden. Alfred Röhtheli erklärte stellvertretend für die gesamte Regierung: «Wir würden die Reise nicht mehr machen, allerdings nicht aus strafrechtlichen, sondern aus politischen Gründen.»¹⁸⁸ Gerichtspräsident Urs Bannwart hielt fest, dass es sich bei der Reise um ein Geschenk gehandelt habe, verbunden auch mit der Absicht, bei den politischen Behörden Goodwill zu schaffen. Er sprach die Regierungsräte jedoch frei, weil ihnen nicht nachzuweisen sei, «dass sie das Geschenk bewusst und willentlich» angenommen hätten, um sich in Zukunft erkenntlich zu zeigen. Er billigte ihnen volle Integrität zu: «Hätten die Beschuldigten eine Beeinflussung erkannt, wären sie ihr nicht erlegen.» Laut Bannwart fehlte somit der für eine Verurteilung notwendige Vorsatz.¹⁸⁹

Die Ermittlungen in der «HWV-Affäre» zogen sich um einiges länger hin, sodass der Prozess erst im Dezember 1984 stattfand. In diesem Gerichtsverfahren wurden vier der fünf Regierungsräte wegen Begünstigung zu Geldstrafen verurteilt. Einzig Alfred Röhtheli wurde freigesprochen, weil er gegen den entsprechenden Beschluss, keine Strafanzeige einzureichen, gestimmt hatte.¹⁹⁰ Erziehungsdirektor Fritz Schneider, der als Hauptverantwortlicher zu einer höheren Geldstrafe verurteilt wurde als die andern drei Regierungsräte, bezeichnete das Urteil als «gelinde gesagt strafrechtlich unverständlich.»¹⁹¹ Sowohl er als auch die FdP erachteten das Urteil für das Kollegialitätsprinzip als problematisch, da nicht alle Regierungsräte gleich behandelt worden waren und weil es eine geteilte Verantwortung postuliere.¹⁹² Die SP erklärte in einer Stellungnahme zum Urteil, dass dadurch sicher keine Staatskrise entstehe, dass aber auch kein Anlass zur Verharmlosung bestünde. Sie wies im Zusammenhang mit den bevorstehenden Regierungsratswahlen auch darauf hin, dass die SP mit zwei neuen Regierungsräten beitragen möchte, verloren gegangenes Vertrauen in die politischen Institutionen wieder herzustellen.¹⁹³

¹⁸⁸ Solothurner AZ, 6. Januar 1984.

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Solothurner AZ, 17. Dezember 1984.

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Solothurner AZ, 20. Dezember 1984.

Das Urteil wurde vors Obergericht und später vors Bundesgericht weitergezogen. Beide Gerichte erliessen den vier Regierungsräten die Strafe, da sie sich «begründet im Irrtum» befunden hatten. Dies, weil ihre Auffassung, weitere Zeugenaussagen und die Aktenherausgabe zu verweigern, um ihrem Verzicht auf Strafanzeige eine absolute Wirkung zu verleihen, von verschiedenen verwaltungsinternen Juristen gestützt worden war.¹⁹⁴

Die Initiative «Gösgen stilllegen»

Als Reaktion auf den Unfall von Tschernobyl begannen junge, parteipolitisch unabhängige Leute Unterschriften zu sammeln für eine Standesinitiative mit folgendem Wortlaut: «Den eidgenössischen Räten wird hiermit beantragt, dem Kernkraftwerk Gösgen die Rahmen- und Betriebsbewilligung zu entziehen, d.h. es sofort stillzulegen.»¹⁹⁵ Die Initiative kam mit 4220 gültigen Unterschriften zustande und wurde am 3. Juni 1987 bei der Staatskanzlei eingereicht. Der Regierungsrat empfahl dem Kantonsrat die Initiative zur Ablehnung, weil für Atomfragen in erster Linie der Bund zuständig sei, zur Kernenergie zur Zeit keine Alternativen bestünden und eine Stilllegung schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben würde. Im Kantonsrat stellte Hans König von der SP den Antrag, die Initiative dem Volk ohne Empfehlung vorzulegen, wie dies schon bei der Standesinitiative zur Überprüfung der N5 geschehen war. Er stiess jedoch bei den beiden bürgerlichen Fraktionen auf taube Ohren. Ebenso abgelehnt wurde ein Antrag der Grünen-Fraktion für Zustimmung zur Initiative. Eine Minderheit der SP-Fraktion, die für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie war, setzte sich für ein Ja zur Initiative ein. Die Mehrheit hingegen enthielt sich in der Schlussabstimmung der Stimme, da sie der Meinung war, mit der Stilllegung des AKW Gösgen würden die Energieprobleme nicht gelöst, zudem müssten vorher andere AKW abgestellt werden.¹⁹⁶

Die GL der SPSO lud zwei der Initianten zu einer Sitzung ein, um die grundsätzlichen Fragen bezüglich der Initiative zu klären. Esther Wüthrich vom Initiativkomitee erklärte: «Sie möchten etwas provozieren, quasi eine Strommangel-Krise hervorrufen. Das bringt wirkliche Änderungen.»¹⁹⁷ Ständerat Walter Weber äusserte sich erfreut darüber, dass junge Leute die Initiative ergriffen hätten. Er wies aber

¹⁹⁴ Solothurner AZ, 4. Juni 1986.

¹⁹⁵ Unterlagen AKW-GegnerInnen Region Olten (AGRO), Zeitraum 1986–1988. Signatur Ar 201.109.

¹⁹⁶ Verhandlungen des Kantonsrates 1987, 992–1000.

¹⁹⁷ Protokoll der GL der SPSO, 17. August 1987.

darauf hin, dass die Partei auch eine gewisse Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit habe, und bedauerte, «dass die SP erst jetzt angefragt wird, wenn sie mithelfen oder finanzieren muss.»¹⁹⁸ In der GL setzte sich niemand für eine Ja-Parole ein, man sicherte den Initianten jedoch zu, sie in anderer Form zu unterstützen. An ihrer nächsten Sitzung beschloss die GL, den Initianten einen Auftritt am Parteitag und in den Sektionen zu ermöglichen. Zudem wurden ihnen über die Jungsozialisten 1000 Franken gespendet.¹⁹⁹

Trotz eines aktiven und mit verschiedenen Aktionen wie Filmvorführungen, Marktständen und Strassentheater geführten Wahlkampfes, wurde die Initiative in der Abstimmung vom 6. Dezember 1987 mit 73% Nein-Stimmen deutlich verworfen.²⁰⁰

2.3 Atomenergiepolitik der SPSO

2.3.1 Die Haltung der SPSO zum AKW Gösgen

Wie schon im vorangegangenen Kapitel gezeigt, waren auf politischer Ebene zwei Sozialdemokraten, Walter Kräuchi und vor allem Willi Ritschard, für die Realisierung des AKW Gösgen verantwortlich. Sie erhofften sich zusätzliche Steuereinnahmen durch das Werk und volkswirtschaftliche Impulse durch dessen Bau. Zudem sahen sie im Bau eines AKW einen Beitrag zum Naturschutz, da so auf die Errichtung von ölthermischen Kraftwerke verzichtet werden konnte. Durch den grossen Einfluss, den Ritschard in der Kantonalpartei hatte, deren Präsident er von 1972 bis 1974 war, kamen in der SPSO bis Mitte 70er Jahre kaum kritische Stimmen zur Atomenergie auf. Otto Stich, Vorgänger Ritschards als Präsident der Kantonalpartei, meint: «Unsere Partei war zu dieser Zeit noch ganz klar für die Atomenergie, weil man das Gefühl hatte, dies sei eine saubere Energie. Über die Probleme der Endlagerung usw. machte man sich damals noch keine allzu grossen Sorgen.»²⁰¹ Fraktionspräsident Erwin Grob reichte zwar 1972 eine Interpellation ein, in der er Auskunft über die Massnahmen zum Umwelt- und Landschaftsschutz beim Bau des AKW Gösgen verlangte. Er gab sich jedoch mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden, der erklärte, dass diese Massnahmen durch Bundesrecht geregelt seien. Als bürgerliche Vertreter ein Jahr später Vorstösse einreichten, die Fragen zur Bewilligungspraxis für

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Protokoll der GL der SPSO, 22. September 1987.

²⁰⁰ Verwaltungsbericht der Stadt Olten 1987.

²⁰¹ Interview von Markus Arn mit Otto Stich vom 21. August 2001, Arn, 83.

das AKW stellten, meinte die SP-Bezirkspartei Olten, «dass unseres Erachtens der Zug in dieser Angelegenheit abgefahren ist, die Möglichkeit, entscheidend zu intervenieren, ist vorbei.»²⁰² Sie warf den bürgerlichen Parteien vor, mit diesem Thema Wahlkampf für die bevorstehenden Kantonsratswahlen zu betreiben. «Unsere Auffassung ist, dass der Bau des AKW Gösigen kein politischer Entscheid ist. Es ist eine Entscheidung, die jeder selber mit bestem Wissen und Gewissen fällen muss. Dass unser geschätzter Genosse Willi Ritschard im Verwaltungsrat der Atel vertreten ist, hat keinen Zusammenhang zur SP. Er ist in diesem Gremium als Vertreter des Staates tätig. Dass von gewisser Seite versucht wird, Willi Ritschard als Befürworter des Atomkraftwerkes abzustempeln und dies gleichzeitig auch auf die SP zu übertragen, empfinden wir als eine Provokation.»²⁰³ Dazu ist zu bemerken, dass der Bau des AKW Gösigen sehr wohl ein politischer Entscheid war, da sich sowohl der Kantonsrat wie auch der Regierungsrat für den Bau eingesetzt hatten. Auch hatte die SP ein Interesse daran, mit einem ihrer Regierungsräte im Atel-Verwaltungsrat vertreten zu sein. Nach der Wahl Ritschards in den Bundesrat sprach sich die GL der SPSO klar dafür aus, dass das Verwaltungsratsmandat vom Finanz- zum Volkswirtschaftsdepartement wechseln sollte. So wurde Rudolf Bachmann, der andere SP-Regierungsrat, neuer Vizepräsident des Atel-Verwaltungsrates.²⁰⁴ Willi Ritschard war ein klarer Befürworter des Baus des AKW Gösigen. In der Partei hegten einzelne Personen möglicherweise Bedenken, es profilierte sich jedoch niemand als Gegner des Werkes.²⁰⁵

Ende 1973 reichte AZ-Redaktor Kurt Troxler, der Jüngste der SP-Kantonsratsfraktion, eine Motion ein, in der er verlangte, dass der Kanton eine Standesinitiative zur Ausarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption lanciere. Diese Gesamtenergiekonzeption sollte «der Suche nach andern Produktionsmethoden als mit Kernkraft oder Erdöl Raum einzuräumen» und sowohl den Kantonen als auch der Bevölkerung der vom Standort einer Energieproduktionsanlage betroffenen Region ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht einräumen.²⁰⁶ Troxler meinte in der Begründung der Motion, er wolle keine offenen Türen einrennen. «Ich weiss, dass auf schweizerischer Ebene verschiedene Bestrebungen zur Schaffung einer Gesamtenergiekonzeption im Gange sind. Es geht vielmehr darum, dass dieses Parlament die Konsequenz aus den Beteuerungen an die Adresse der

²⁰² Solothurner AZ, 13. April 1973.

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ Protokoll der GL der SPSO, 26. April 1974.

²⁰⁵ Interview mit Walter Weber sen., A26 und Interview mit Ernst Leuenberger, A35.

²⁰⁶ Verhandlungen des Kantonsrates 1973, 1138f.

Opponenten gegen das KKW Gösgen-Däniken aus staatspolitischen Gründen zieht. Wenn man sich darauf bezieht, dass Politik machbar sein muss, dann soll dieses Parlament auch das Machbare machen. Mit andern Worten: Entweder akzeptieren der Solothurner Kantonsrat und die Regierung, dass nach dem Atomenergiegesetz alle Kompetenzen für ein Kernkraftwerk beim Bund liegen und der Kanton nur Erfüllungsgehilfe sein kann, oder sie akzeptieren es eben nicht.»²⁰⁷

Regierungsrat Hans Erzer beurteilte das Mitspracherecht als vernünftig und gut. «Aber man kann vom Bundesrat doch nicht verlangen, dass er gleichzeitig mit der Konzeption auch noch das Rezept liefert, um diese Konzeption wieder zu blockieren, dass er gewissermassen mit dem Papier auch noch das Zündhölzchen liefert, um das Papier anzuzünden!»²⁰⁸

Bürgerliche Kantonsräte wiesen ebenfalls auf den Widerspruch in der Motion hin, dass gleichzeitig ein Gesamtkonzept und eine Mitbestimmung gefordert würden, und forderten Troxler auf, die Motion zurückzuziehen. Er meinte dazu: «Ich ziehe meine Motion nicht zurück, und zwar nicht etwa deshalb, weil es mir um alles oder nichts geht, sondern weil einmal darüber befunden werden sollte, ob wir überhaupt etwas zu sagen haben wollen oder nicht.»²⁰⁹ Er war jedoch bereit, das Mitbestimmungsrecht zu streichen. Die Motion hatte trotzdem keinen Erfolg, sie wurde gegen die Stimmen der SP abgelehnt.

In der Folge wurde das Thema Atomenergie in der Partei kaum mehr diskutiert. Es finden sich keine Hinweise in den Protokollen, die ich studiert habe. Dies änderte sich erst im Frühsommer 1977 wieder.

Die Besetzungsversuche und ihre Folgen

Im Vorfeld des Pfingstmarsches wurde die GL von den Organisatoren um eine Mitbeteiligung angegangen. Sie beschloss, die Forderungen, die einen Baustopp von vier Jahren für alle Atomanlagen und einen Verzicht auf das AKW Kaiseraugst vorsahen, zu unterstützen, verzichtete jedoch auf eine aktive Teilnahme.²¹⁰

Nach dem ersten Besetzungsversuch billigte die SP-Kantonalratsfraktion das Vorgehen der Regierung in Gösgen. Kritisiert wurde die Berichterstattung in der «Solothurner AZ». Man fand, sie habe zu stark für die AKW-Gegner Stellung bezogen. Die Fraktion forderte,

²⁰⁷ Verhandlungen des Kantonsrates 1974, 118.

²⁰⁸ Ebd., 120.

²⁰⁹ Ebd., 124.

²¹⁰ Protokoll der GL SPSO, 19. April 1977.

dass die GL korrigierend eingreifen sollte.²¹¹ Am gleichen Tag gab Fraktionspräsident Rudolf Ruch in der GL-Sitzung bekannt, dass die Kantonalratsfraktion einen Einbezug der Partei in der AKW-Frage wünsche. Ständerat Walter Weber wies auf die Resolution der SPS hin, die ein vierjähriges Moratorium forderte, und meinte, dass die SPSO keine andere Haltung einnehmen könne. Martin Straumann zeigte sich besorgt über die Art der Auseinandersetzung und verlangte eine Stellungnahme der Partei, in der die Sorge über die Entwicklung zum Ausdruck gebracht werden sollte. Diese Stellungnahme wurde von der GL mehrheitlich beschlossen und lautete wie folgt: «Die Art der Auseinandersetzung in Gösigen/Däniken gibt zu ernster Besorgnis Anlass. Die Machtdemonstrationen lassen die Frage der Verhältnismässigkeit aufkommen. Es ist offensichtlich, dass der eingeschlagene Weg der Konfrontation keine Probleme löst, sondern neue schafft. Die Beteiligten sind aufgerufen, alles zu vermeiden, was Aggressionen schüren könnte. Die SP des Kantons Solothurn setzt sich mit legalen Mitteln nachdrücklich ein, eine Gesetzgebung über Kernkraftwerke zu fördern, die den Schutz des Bürgers gewährleistet.»²¹²

Im Vergleich dazu nahm die SP Basel-Stadt eindeutig zu Gunsten der Besetzer Stellung: «Mit Empörung hat die Sozialdemokratische Partei Basel-Stadt vom massiven Polizeieinsatz gegen die gewaltfreie Aktion von Atomkraftgegnern auf den Zufahrtswegen zum AKW-Gelände Kenntnis genommen.» Insbesondere wurde auch die eigene Regierung kritisiert: «Besonders befremdet hat die SP Basel-Stadt, dass auch die Regierung unseres Kantons ein Polizeikontingent nach Gösigen gesandt hat.» Und weiter: «Nach der deutlichen Verwerfung einer finanziellen Beteiligung am AKW-Projekt Gösigen und nach der massiven Annahme der Atomschutzinitiative versteht die Basler Bevölkerung die Haltung unserer Regierung nicht.»²¹³

Die Rolle des Polizeidirektors Gottfried Wyss wurde zu dieser Zeit in der Kantonalpartei noch nicht diskutiert. Auch die «AZ», die in den folgenden Jahren heftige Kritik an den Regierungsräten üben sollte, äusserte sich zu Wyss nicht negativ. Durch sein Auftreten vor den Besetzern und seinen Aufforderungen, auf die Besetzungsversuche zu verzichten, personifizierte jedoch viele Wyss mit den Polizeieinsätzen und machten ihn dafür verantwortlich. Dies, obwohl die operative Verantwortung dafür beim Kommandanten der Kantonspolizei, Jules Huggenberger, lag und der gesamte Regierungsrat sich im Vorgehen einig war.

²¹¹ Protokoll der KR-Fraktion, 28. Juni 1977.

²¹² Protokoll der GL SPSO, 28. Juni 1977.

²¹³ Basler AZ, 30. Juni 1977.

Der Frühjahrsparteitag 1978

Aufgrund der Ereignisse in Gösgen und der Forderung der Fraktion, die ganze Partei in die AKW-Frage miteinzubeziehen, begann die GL mit der Organisation eines Parteitags zum Thema Energie im kommenden Frühling.²¹⁴ Am Parteitag vom 7. September 1977 wurde beschlossen, vor dem Energie-Parteitag die Meinung der Sektionen zu diesem Thema einzuholen. Der Parteitag stellte sich weiter hinter das von der SPS geforderte vierjährige Moratorium. Das AKW Gösgen sollte dabei nur ausgenommen werden, wenn die Sicherheits- und Katastrophenpläne in ausreichendem Masse vorlägen.²¹⁵

Für den Energie-Parteitag vom 2. März 1978 wurden drei Referenten eingeladen: Elmar Ledergerber als Präsident der SPS-Arbeitsgruppe Energie, Dr. Eduard Kiener, Direktor der eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft, und Dr. Benno Hardmeier, Sekretär der Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Ledergerber stellte in seinem Referat das Energiepapier der SPS vor. Das Papier setzte seinen Schwerpunkt nicht auf die Atomenergie, sondern forderte vor allem eine bessere Nutzungstechnik und die Verwendung inländischer, regenerierbarer Energien, insbesondere die Entwicklung einer Erdwärmetechnologie, Wärmeentnahmen aus Wasser und Luft und die Sonnenenergie. Ledergerber vertrat die Auffassung, der Bedarf an Elektrizität sei nach Inbetriebnahme von Gösgen und Leibstadt, nach der Modernisierung der bestehenden Wasserkraftwerke und der zu erwartenden Wärmekoppelungstechniken bis zur Jahrhundertwende gedeckt. Kiener verwies in seinem Votum auf den Zwischenbericht der Gesamtenergiekonzeption. Es gehe einmal darum, den Anteil Erdöl an der Schweizerischen Energieversorgung herabzusetzen und dabei von den Realitäten auszugehen. Er stellte fest, dass verschiedenen Techniken noch zu entwickeln seien. Wie das SPS-Papier setzte auch Kiener auf das Sparen durch bessere Isolationen und auf verbesserte Nutzungstechnik, sah aber Atomkraftwerke als ein wohl notwendiges Übel an. Hardmeier stellte fest, dass der SGB grundsätzlich mit dem Energiepapier der SPS einig gehe. Einige Differenzen beständen allerdings, die aber zum Teil taktischer Natur seien. Er wies darauf hin, dass das Vollbeschäftigungsproblem von interessierter Seite heraufgespielt werde, gestand aber ein, dass man die gesamte Energiefrage auch in diesem Kontext sehen müsse. Anschliessend wurden in einer ausgedehnten Diskussion verschiedene Fragen diskutiert, die sich einerseits mit möglichen Alternativenergien, andererseits mit den

²¹⁴ Protokoll der GL SPSO, 17. August 1977.

²¹⁵ Protokoll des Parteitags der SPSO, 7. September 1977.

Fragen bezüglich der Atomkraftwerke und der Beseitigung des Atom-
mülls befassten.²¹⁶

2.3.2 Die Atominitiative, der Unfall von Harrisburg und das Atomgesetz

Am 18. Februar 1979 kam die «Volksinitiative zur Wahrung der
Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atom-
anlagen», allgemein als Atominitiative bekannt, zur Abstimmung.
Diese Initiative war 1975 von der Anti-AKW-Bewegung lanciert wor-
den, weil sie nach dem damals geltenden Recht über keine demokra-
tischen Rechte im Kampf gegen AKW verfügte. Sie verlangte für die
Bewilligung von neuen AKW ein Konzessionssystem einzuführen.
Das Parlament sollte darüber befinden, wem es erlaubt, ein AKW zu
betreiben. Auch sollten die jeweiligen Standortkantone sowie deren
Nachbarkantone dem Atomprojekt zustimmen müssen. Mit der An-
nahme der Initiative wäre auch die Haftungsfrage neu geregelt wor-
den, die AKW-Betreiber hätten dann unbeschränkt gehaftet.²¹⁷
Bundesrat Willi Ritschard setzte sich vehement gegen die Atominitia-
tive ein und kam so in den Konflikt mit der eigenen Partei, da die SPS
die Ja-Parole beschlossen hatte. Zur Kritik diverser Sektionen an sei-
nem grossen Engagement gegen die Initiative meinte er: «Ich bin
Energieminister dieses Landes und trage die entsprechende Verant-
wortung. Ausserdem bin ich Mitglied einer Kollegialbehörde und
habe die Beschlüsse des Parlaments zu vertreten. [...] Dazu kommt,
dass ich die Atominitiative für ungeeignet, ja sogar für gefährlich
halte und somit aus innerster Überzeugung gegen sie kämpfe.»²¹⁸ Der
letzte Satz verdeutlicht, dass er sich nicht nur wegen seiner Rolle als
Bundesrat gegen die Initiative und die eigene Partei stellte, sondern
auch aus persönlicher Überzeugung.

Die Atominitiative wurde mit 51,2% Nein-Stimmen abgelehnt.
Eine Nachbefragung ergab, dass rund 11% der Nein-Stimmenden
meinten, mit ihrem Nein gegen die Atomenergie zu votieren.²¹⁹

Am 28. März 1979 ereignete sich im AKW Harrisburg²²⁰ in den
USA der erste schwere Unfall in einem kommerziellen AKW. Nach
dem Ausfall einer Pumpe im Sekundärkreislauf kam es durch eine

²¹⁶ Protokoll des Parteitags der SPSO, 2. März 1978.

²¹⁷ Boos, 179.

²¹⁸ Brief an die SP Horgen, 8. Februar 1979. BAR J I.179 (-): 05.2 Sozialdemokra-
tische Partei.

²¹⁹ Boos, 180.

²²⁰ Das AKW Harrisburg ist nach der Insel, auf der es gebaut wurde, auch als Three
Mile Island bekannt.

Verkettung unglücklicher Umstände zu einer Katastrophe, bei der mehr als die Hälfte der Brennstäbe schmolzen. Eine Wolke mit radioaktiven Gasen entwich und verseuchte die Umgebung des Werkes.²²¹ Dieses Ereignis hatte im Solothurner Kantonsrat ein Nachspiel, es wurden verschiedene Vorstösse zum Thema Atomenergie eingereicht. SP-Kantonsrat René Mollet fragte den Regierungsrat in seiner Interpellation an, ob er bereit sei, seine energiepolitische Position zu überprüfen und seine Vorstellungen betreffend die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gösgen zu korrigieren. Weiter stellte er Fragen, die den Informationsstand der Bevölkerung im Niederamt sowie die Evakuierungspläne betrafen. Ähnliche Fragen wurden auch in den Interpellationen der FdP und der CVP gestellt. Der wichtigste Punkt seiner Interpellation war aber die dritte Frage: «Ist der Regierungsrat bereit, beim Bundesrat und der Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen den Widerruf der Inbetriebnahmebewilligung nach Artikel 9.2. des Atomgesetzes zu verlangen, bis sämtliche Ursachen und Auswirkungen des schweren Kernkraftwerkunfalles Three Mile Island abgeklärt sind?»²²²

Regierungsrat Hans Erzer stellte sich in seiner Antwort auf den Standpunkt, dass es Sache des Bundes sei, zu überprüfen, ob schwerwiegende Gründe vorhanden seien, die eine Rücknahme der Inbetriebnahmebewilligung erfordern. «Wir sehen nicht, aus welchen Gründen der Kanton einen Widerruf der Bewilligung verlangen soll. Gösgen ist nicht Harrisburg, Harrisburg ist nicht Gösgen!»²²³

Mollet empfand die Antwort des Regierungsrates als einseitig und etwas dürftig. Abschliessend hielt er fest, «dass wir als Bewohner eines Standortkantons in der Kernkraftwerkpolitik nichts mitzubestimmen haben. Das sollte uns zu denken geben.»²²⁴

Als Reaktion auf die Proteste gegen den Bau von AKWs und aus der Einsicht, dass das bestehende Atomgesetz aus dem Jahre 1959 den Ansprüchen nicht mehr genügte, liess Bundesrat Ritschard eine Revision des Atomgesetzes ausarbeiten. Neu vorgesehen waren im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ein Bedarfs- und ein Entsorgungsnachweis sowie ein Einwendungsrecht, von dem jede Person Gebrauch machen konnte. Von diesem Einwendungsrecht machten die Gegner der Projekte von Kaiseraugst und Graben in den 80er Jahren regen Gebrauch. Das Parlament verabschiedete das neue Atomgesetz 1978. Da aber linke Gruppierungen die Revision als ungenügend erachteten und deshalb das Referendum dagegen ergriffen, fand drei

²²¹ Boos, 52.

²²² Verhandlungen des Kantonsrates 1979, 364.

²²³ Ebd., 553.

²²⁴ Ebd., 624.

Monate nach der Verwerfung der Atominitiative eine erneute Abstimmung über die Atomenergie statt.²²⁵ Das revidierte Atomgesetz wurde 68,8% Ja-Stimmen deutlich angenommen und trat am 1. Juli 1979 in Kraft.

2.3.3 Die Initiative «Demokratie in Atomfragen»

Zu Beginn des Jahres 1980 arbeitete die GL der SPSO eine Initiative mit dem Titel «Demokratie in Atomfragen» aus. Ziel des Begehrens war es, die Regierung zu zwingen, alle Vernehmlassungen aus der Atomgesetzgebung dem Volk zu unterbreiten. Ein weiterer Zweck war nach Walter Steinmann auch, «für jene etwas zu tun, die nicht traditionsgemäss zu uns gehören.»²²⁶ An ihrer nächsten Sitzung beschloss die GL auf Anregung von Benno Straumann, einen Ausschuss «Energiefragen» einzusetzen. Man war der Meinung, dass ein solcher Ausschuss für die Partei sehr wichtig sei.²²⁷ Bemerkenswert dabei ist, dass man diesen Schritt erst machte, als die wesentlichen Weichenstellungen in Sachen Energiepolitik im Kanton schon vollzogen worden waren.

Am 27. August 1980 wurde die Initiative «Demokratie in Atomfragen» mit 4687 gültigen Unterschriften eingereicht. Parteisekretär Hanspeter Mathys bezeichnete im Jahresbericht Initiativen als für die Partei in mehrfacher Hinsicht sehr positive Instrumente: «Abgesehen vom Hauptzweck, eine Verfassungs- bzw. Gesetzesänderung zu erreichen, ist eine Initiative ein gutes Mittel zur parteiinternen Mobilisierung.»²²⁸

Im Kantonsrat wurde die vorberatende Kommission damit beauftragt, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Fraktionspräsident Rudolf Ruch meinte dazu: «Das Anliegen unserer Initiative ist und bleibt des Volkes Sache. Die bürgerlichen Parteien werden sich angesichts des Widerstandes gegen Kaiseraugst und des wohl noch bevorstehenden Kampfes gegen das Werk Graben genau überlegen müssen, ob sie einen wässrigen Gegenvorschlag ausarbeiten wollen, um alles beim alten zu lassen.»²²⁹

Ein Jahr später lagen zwei Gegenvorschläge vor. Der eine forderte, dass der Kantonsrat bei der Behandlung der Vernehmlassungen zur Atomgesetzgebung miteinbezogen werde, der andere sah ein fakultatives Referendum vor. Da die SP eine Mitsprache des Volkes verlangte und ein fakultatives Referendum nach der damaligen Solothurner Ver-

²²⁵ Kupper, Kein blinder Widerstand, 236.

²²⁶ Protokoll der GL der SPSO, 24. Januar 1980.

²²⁷ Protokoll der GL der SPSO, 10. März 1980.

²²⁸ Jahresbericht SPSO 1980, 3.

²²⁹ Jahresbericht der KR-Fraktion 1981.

fassung nicht möglich war, lehnte sie beide Gegenvorschläge ab und sprach sich für ein Ja zur Initiative aus. Die CVP lehnte die Initiative im Rat ab, setzte sich aber für einen Gegenvorschlag ein, während die FdP zusammen mit der Regierung beides ablehnte. Daraus resultierte, dass die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen wurde.²³⁰ Das Abstimmungsresultat wurde zu einem Achtungserfolg für die SP. Die Initiative wurde zwar abgelehnt, mit 45% Ja-Stimmen aber konnte die Partei erheblich mehr Leute mobilisieren als üblicherweise bei Wahlen. Für Hanspeter Mathys zeigte das Resultat jedoch auch, «dass die Mobilisierung nicht mehr ausschliesslich über unsere Parteisektionen erfolgen kann, sondern dass wir dort, wo wir mit anderen Gruppierungen (Bürgerinitiativen) gemeinsame bestimmte Ziele erreichen wollen, unsere Berührungspunkte ablegen und das Gemeinsame vor das Trennende stellen müssen.»²³¹

2.3.4 Die Atominitiative II und die Energieinitiative

1980 wurde auf eidgenössischer Ebene die «Volksinitiative für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke», auch Atominitiative II genannt, lanciert. Sie wandte sich hauptsächlich gegen den Bau neuer AKWs und gegen die Erneuerung bereits bestehender Werke. Gleichzeitig wurde auch die Energieinitiative eingereicht, die eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung forderte. Wie die SPS unterstützte die SPSO die beiden Initiativen. Auf dem Parteitag vom 29. Juni 1984 wurde ohne Diskussion die Ja-Parole beschlossen. In einem Pressecommuniqué führte die SPSO ihren Standpunkt aus: «Bei sparsamer Verwendung der Elektrizität kann auf weitere Atomkraftwerke nach Leibstadt verzichtet werden. Die geplanten Atomkraftwerke Kaiseraugst und Graben sind überflüssig. Ein Ja zur Atominitiative verhindert sie.» Und zur Energieinitiative: «Die Energieinitiative gibt dem Bund die Verfassungsgrundlage, den sparsamen, rationellen Einsatz der Energie zu fördern, die Diversifikation voranzutreiben, einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden und zukunftsgerichtete Technologie zu unterstützen.»²³² Vom Volk wurden die beiden Begehren jedoch mit 55%, resp. 54% Nein-Stimmen abgelehnt.²³³

²³⁰ Verhandlungen des Kantonsrates 1982, 78–83.

²³¹ Jahresbericht SPSO 1982, 2.

²³² Solothurner AZ, 1. Juli 1984.

²³³ Boos, 192.

2.3.5 Die Reaktion auf Tschernobyl

Der schwere Reaktorunfall, der sich am 26. April 1986 im AKW von Tschernobyl ereignete, verunsicherte auch die Bevölkerung in der Schweiz. Wie schon der Unfall in Harrisburg untergrub dieses Ereignis das Vertrauen in die Sicherheit der Atomanlagen. Obwohl von Expertenseite auf die Unterschiede bezüglich Reaktortyp und Sicherheitsmassnahmen zwischen dem Unfallreaktor und den Schweizer Reaktoren hingewiesen wurde, erhielt die Anti-AKW-Bewegung durch dieses Ereignis starken Auftrieb.²³⁴ Als Reaktion auf den Unfall wurden im Kantonsrat verschiedene Vorstösse eingereicht. Während die FdP in ihrer Interpellation Fragen über die Notfallplanung und die Sicherheitsmassnahmen stellte, forderten die SP und die neu im Kantonsrat vertretenen Grünen, dass der Regierungsrat seine Energiepolitik aufs Sparen und auf eine sinnvolle Verwendung der verfügbaren, erneuerbaren Energieträger aufbaue. Die SP reichte auch eine Motion für eine Standesinitiative ein, um auf den Bau der AKWs von Kaiseraugst und Graben zu verzichten. Das Resultat der Debatte fasste Fraktionspräsident Hans Roth wie folgt zusammen: «Dabei zeigte sich, wie hilflos man in solothurnischen Landen solchen Ereignissen gegenübersteht: die Dringlichkeit der Tschernobylvorstösse wurde abgelehnt, weil die Regierung mehr Zeit zur eingehenden Abklärung der gestellten Fragen braucht! Dabei wäre es doch gerade darum gegangen, die Ängste der Bevölkerung aufzunehmen – auch wenn man keine endgültigen Antworten geben kann. Diese «endgültigen Antworten» und auch die «grundsätzliche Diskussion über Energiepolitik» kamen dann natürlich auch in der nächsten Session nicht. Der einzige konkrete Vorschlag, unsere Motion für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie, wurde massiv abgelehnt.»²³⁵

Am 21. Juni 1986 veranstalteten die Anti-AKW-Organisationen zusammen eine nationale Demonstration vor dem AKW Gösgen, an welcher über 30'000 Leute teilnahmen. Die SPSO und lokale SP-Sektionen hatten zuvor auch zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen.²³⁶ Die Forderungen der Demonstranten waren die Stilllegung der AKW, der Stopp des gesamten Atomprogramms sowie eine neue, umweltverträgliche Energiepolitik.²³⁷ Die Veranstaltung, an der auch Otto F. Walter, Franz Hohler, Polo Hofer und Vera Kaa auftraten, verlief weitgehend friedlich, jedoch suchte eine kleine Gruppe die Konfrontation mit der Polizei, was zu einer kurzen Auseinander-

²³⁴ Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz, 204f.

²³⁵ Jahresbericht der KR-Fraktion 1986, 2.

²³⁶ Protokoll der GL der SPSO, 18. Juni 1986.

²³⁷ Solothurner AZ, 19. Juni 1986.

setzung führte.²³⁸ Die Organisatoren warfen in ihrem Bericht über die Demonstration dem Regierungsrat vor, mit seinem vor dem Anlass publizierten Pressecommuniqué provoziert zu haben, würdigten aber auch die Mithilfe der Polizei bei der organisatorischen Durchführung.²³⁹ Die Solothurner Regierung hatte sich in einem vorgängigen Pressecommuniqué an die Teilnehmer der Demonstration gewandt und auf verschiedene Richtlinien und Verbote im Zusammenhang mit der Veranstaltung hingewiesen: «Die Beschädigung fremden Eigentums ist zu verhindern. Die Kundgebungsteilnehmer dürfen sich nicht maskieren, ver mummen oder anders unkenntlich machen. Das Mitführen von Schlagwerkzeugen, Schusswaffen, Schleudern, Sprengmitteln und anderen ähnlichen Gegenständen ist verboten.»²⁴⁰ SP-Kantonsrat Hubert Jenni verlangte deshalb nach der Demonstration Auskunft zum Vorgehen der Regierung. Polizeidirektor Gottfried Wyss erklärte, dass das Pressecommuniqué der einzige Weg gewesen sei, um alle potentiellen Demonstrationsteilnehmer über die Auflagen zu informieren. Es sei nicht die Absicht des Regierungsrates gewesen zu provozieren. Der Grossaufmarsch habe ja auch belegt, dass sich die Kundgebungsteilnehmer nicht kriminalisiert fühlten. Man habe festgestellt, dass die Organisatoren überfordert gewesen seien, deshalb habe ihnen die Polizei ihre Hilfe angeboten. Jenni erklärte sich von der Antwort als weitgehend befriedigt. Anders sah es der Grüne-Kantonsrat Stefan Frey. Er forderte im Kantonsrat den Polizeidirektor zum Rücktritt auf, stiess jedoch mit seiner Forderung auf kein Verständnis.²⁴¹

2.3.6 Die SP-Energieinitiative

Der 1980 eingesetzte Ausschuss für Energiepolitik der SPSO befasste sich ab 1982 mit der Ausarbeitung einer Energieinitiative. Der Anlass dazu war, dass sich die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat weigerte, auf einen ausgearbeiteten Entwurf für ein Energiegesetz einzutreten. Fraktionspräsident Walter Weber jun. meinte in seinem Jahresbericht: ««Weniger Staat – mehr Freiheit» heisst wohl weiterhin: «Narrenfreiheit» im Energieverschwenden.» Er wies dabei auch darauf hin, «dass für einmal auch die freisinnige Presse auf unserer Seite stand.»²⁴²

²³⁸ Solothurner AZ, 23. Juni 1986.

²³⁹ AKW-GegnerInnen Region Olten (AGRO), Signatur Ar 201.109.

²⁴⁰ Solothurner AZ, 20. Juni 1986.

²⁴¹ Verhandlungen des Kantonsrates 1986, 1053–1058.

²⁴² Jahresbericht der KR-Fraktion 1982, 6.

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Energieinitiative kam es auch zu Kontakten mit der UeBA, die ein Interesse daran bekundete, das Begehren gemeinsam mit der SP zu lancieren. Die GL diskutierte diese Frage kontrovers und kam zum Schluss, die Initiative vorerst alleine zu lancieren. Sie war der Meinung, dass wenn sie die Initiative zusammen mit der UeBA lancieren würde, sie auch noch andere Organisationen anfragen müsste. Dies wiederum hätte die Lancierung verzögert. Die Zusammenarbeit mit der UeBA und andern Umweltschutzorganisationen sollte deshalb vor der Abstimmung gesucht werden.²⁴³

Die ausgearbeitete Energieinitiative war ziemlich umfangreich und komplex. Sie sollte den Kantonsrat daran hindern, bei deren Annahme ein verwässertes Energiegesetz vorzulegen. Die Unterschriftensammlung verlief innerhalb der Partei unterschiedlich, was möglicherweise mit der Komplexität der Initiative zusammenhing. Die Energieinitiative wurde 1984 eingereicht. Sie sah einen verbesserten Wärmeschutz von Gebäuden, Sparanreize bei der Tarifgestaltung für Strom und Gas, die Förderung von kombinierten Heizkraftwerken (Wärme-/Kraft-Kopplung) und eine individuelle Heizkostenabrechnung in Neubauten vor. Es dauerte bis 1987, bis der Kantonsrat die Initiative behandelte. Inzwischen waren die Arbeiten für ein Energiegesetz wieder aufgenommen worden; der Regierungsrat stellte ein solches für das Jahr 1988 in Aussicht. Von den 13 Forderungen der Energieinitiative waren im Kantonsrat nur zwei umstritten, nämlich die progressiven Energietarife und die individuelle Heizkostenabrechnung. Die übrigen Punkte sollten auch ins geplante Energiegesetz aufgenommen werden. Die SP verlangte, ihre Initiative zusammen mit dem Energiegesetz zur Abstimmung zu bringen, damit nur einmal eine Volksabstimmung zu diesem Thema stattfände und der Stimmbürger die beiden Lösungen direkt vergleichen könne. Darauf wollte der Regierungsrat und mit ihm die Mehrheit des Kantonsrates nicht eingehen.²⁴⁴ Die Abstimmung fand am 28. Juni 1987 statt. Die Initiative wurde mit 70% Nein-Stimmen deutlich abgelehnt, nachdem die Gegner eine grossangelegte Kampagne geführt hatten.

1988 legte der Regierungsrat sein Energiegesetz zur Vernehmlassung vor. Die SP begrüsst den Entwurf, kritisierte aber zugleich die Regierung für ihr Verhalten der Energieinitiative gegenüber: «Der nun vorliegende Entwurf enthält [...] praktisch sämtliche Punkte unseres damaligen Volksbegehrens. Wir kommen deshalb nicht umhin, unserer Verwunderung über die im Vorfeld der Volksabstimmung über unsere SP-Energie-Initiative auch seitens des Regierungsrats in

²⁴³ Protokoll der GL der SPSO, 28. Oktober 1982.

²⁴⁴ Verhandlungen des Kantonsrates 1987, 398–406.

seiner Botschaft an das Parlament abgegebenen Äusserungen Ausdruck zu geben.»²⁴⁵

2.3.7 Der Widerstand gegen das Fernwärmeprojekt Fola

Das zweite Thema, mit dem sich der Energieausschuss der SPSO in den 80er Jahren beschäftigte, war das Fernwärmeprojekt Olten-Aarau (Fola). Dabei war geplant, die Prozesswärme des AKW Gösgen den Gemeinden zwischen Olten und Aarau als Heizenergie zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechendes Projekt war in Beznau seit 1984 als Refuna (Regionale Fernwärme unteres Aaretal) in Betrieb.²⁴⁶ Das Projekt hätte hohe Investitionen erfordert. Der Ausschuss war dem Projekt gegenüber von Anfang an kritisch eingestellt: «Wir bezweifeln, ob der ökologische Nutzeffekt in einem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand steht. Wir halten fest, dass gerade auch in der Umweltpolitik mit den knappen Mitteln wirtschaftlich verfahren werden muss.»²⁴⁷ Zudem wurde befürchtet, dass die Region Olten-Aarau mit dem Projekt auf Jahrzehnte hinaus an das Atomkraftwerk gekettet würde. Die Kantonalpartei selber trat in dieser Frage kaum aktiv auf. Es waren vielmehr die einzelnen Sektionen, respektive einzelne Mitglieder, die in Bürgerinitiativen gegen die Fola kämpften. Der Widerstand hatte Erfolg. 1985 lehnten die Gemeinden von Starrkirch-Wil und Dulliken den Projektierungskredit in Volksabstimmungen deutlich ab, und da sich die Stadt Olten abwartend verhielt, wurde der West-Ast des Projekts aufgegeben. Das Nein von Dulliken war insofern von Bedeutung, dass Gemeindeammann Walter Kummer gleichzeitig einer der Hauptpromotoren der Fola war. Die «AZ» kommentierte die Ablehnung des Projekts durch Starrkirch-Wil und Dulliken wie folgt: «Ein Projekt, das ökologisch so unsinnig und wirtschaftlich riskant ist, können sich die Niederämter Gemeinden gar nicht leisten. Der umweltschonende Effekt der Fola ist gegenüber den hohen Investitionskosten dermassen lächerlich, und das Risiko eines Anschlusszwanges wegen einer drohenden wirtschaftlichen Pleite der Fola so hoch, dass man gar nicht erst Hunderttausende von Franken in Studienprojekte verbuttern muss; ein Projekt, das schon vor der Konzeption her vollkommen falsch und antiquiert ist, wird auch durch ausgiebiges Brüten gelehrter Köpfe nicht vernünftiger.»²⁴⁸ Die Pläne für den Ost-Ast Richtung Aarau wurden noch bis Ende 80er Jahre weiterverfolgt, jedoch wurde nach dem Verzicht der Stadt Aarau auch diese nicht realisiert.²⁴⁹

²⁴⁵ Stellungnahme der SP zum kantonalen Energiegesetz, Archiv der SPSO.

²⁴⁶ Boos, 58.

²⁴⁷ Jahresbericht der SPSO 1984.

²⁴⁸ Solothurner AZ, 23. September 1985.

²⁴⁹ OT, 28. Juni 1989.

2.3.8 Zusammenfassung

Zu Beginn der Diskussion um das AKW Gösgen und um die Atomenergie allgemein stand die SPSO klar auf der Befürworterseite. Mit Walter Kräuchi und Willi Ritschard verfügte sie über zwei überzeugte Promotoren der Atomenergie, die sich nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch im Kantons- und Regierungsrat für den Bau eines Atomkraftwerks im Kanton Solothurn stark machten. Es gab zwar schon vereinzelt SP-Mitglieder, die sich kritisch zum AKW Gösgen äusserten, wie Kurt Troxler mit seiner Motion 1973, jedoch hatten sie mit ihrer Meinung parteiintern keine Chance.²⁵⁰ Hans Roth beschreibt die Situation folgendermassen: «Wir wussten, dass Willi Ritschard dieses Atomkraftwerk nach Gösgen geholt hatte, weil er die Steuereinnahmen wollte. Daher war für die SP die Atomkraft gut.»²⁵¹

War der Widerstand der «Pro Niederamt» zu Beginn stark von bürgerlichen Kreisen getragen, waren es später die Parteien links der SP, POCH und RML, die gegen das AKW Gösgen kämpften. Der einzige Kantonsrat der POCH, Eduard Hafner, erhielt bei seinen zahlreichen AKW-kritischen Vorstössen kaum Unterstützung von der SP.

Die «AZ» nahm relativ früh einen AKW-kritischen Standpunkt ein, was immer wieder zu Problemen mit der Atel führte, die eine der wichtigsten Geldquellen der Zeitung und der GDO war.

Sonst war die Atomenergie lange Zeit kein Thema in der Partei. Ein Umstand, der erstaunt, wurde doch das Thema in der SPS sehr kontrovers diskutiert. Zudem war der Kanton Solothurn mit dem AKW Gösgen direkt von der ganzen Auseinandersetzung betroffen. Eine mögliche Erklärung für das Ausbleiben einer Diskussion bietet wiederum die Rolle von Willi Ritschard, der auch als Bundesrat noch einen grossen Einfluss auf die Kantonalpartei hatte. Die SPSO kannte die Meinung Ritschards zum Thema Atomenergie und verzichtete deshalb von sich aus, dieses zu behandeln. Dass Atomenergie in der Kantonalpartei kein Thema war, soll aber nicht heissen, dass es nicht vermehrt Leute in der Partei gab, die dem AKW Gösgen ablehnend gegenüberstanden. Kurt Troxler meint, dass es in der Basis der SPSO schon bei den Besetzungsversuchen eine relativ grosse Opposition gegen das AKW Gösgen gab.²⁵² Jedoch war diese Opposition kaum in den einflussreichen Positionen der Partei vertreten. Die SPSO beschäftigte sich erst nach den Besetzungsversuchen von Gösgen intensiver mit dem Thema Atomenergie und veranstaltete im Frühjahr 1978 den Energieparteitag. Eine kontroverse Diskussion fand aber auch an diesem Parteitag nicht statt, man stellte sich hinter die Politik der SPS.

²⁵⁰ Interview mit Kurt Troxler, A42.

²⁵¹ Interview mit Hans Roth, A55.

²⁵² Interview mit Kurt Troxler, A46.

Die Partei wandelte sich von einer Atomenergiebefürworterin über eine Atomenergiekritikerin zu einer Atomenergiegegnerin, und das ohne parteiinterne Auseinandersetzungen. Dies war vermutlich nur möglich, weil die Partei der Atomenergiefrage lange Zeit keine grosse Bedeutung einräumte. Erst zu Beginn der 80er Jahre wurde die SPSO erstmals von sich aus aktiv und lancierte ihre Initiative «Demokratie in Atomfragen». Mit ihr sollten alle Vernehmlassungen aus der Atomgesetzgebung dem Volk unterbreitet werden. Mit diesem Begehren wollte die Partei auch etwas für jene Kreise machen, die nicht traditionell zur SP gehörten. Bei eidgenössischen Abstimmungen zu Atom- und Energiefragen übernahm die SPSO jeweils die von der SPS beschlossenen Parolen.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl schwenkte die Partei endgültig auf einen Anti-AKW-Kurs ein. Sie unterstützte offiziell die Demonstration in Gösgen, die eine Stilllegung der AKW forderte, und reichte im Kantonsrat eine Motion für den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie ein. Mit ihrer Initiative für ein Energiegesetz wollte die SPSO mit der Einsparung von Energie die Voraussetzungen für einen Ausstieg aus der Atomenergie schaffen. Mit der Initiative blieb die Partei vorerst erfolglos, allerdings nahm der Regierungsrat anschliessend die meisten ihrer Forderungen in sein Energiegesetz auf.

Die SPSO war der Initiative für die Stilllegung des AKW Gösgen gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt, obwohl sie an ihrem Parteitag Stimmfreigabe beschlossen hatte. Sie bot den Initianten an ihrem Parteitag und in den Sektionen eine Plattform, damit sie ihre Anliegen vorstellen konnten. Auch unterstützte die SPSO via Jungsozialisten die Initianten finanziell.²⁵³

2.4. Die Haltung anderer sozialdemokratischer Parteien zur Atomenergie

2.4.1 Die SP Aargau

Ich stütze mich bei meiner Darstellung auf die Lizentiatsarbeit von Leyla Gül, die die Haltungen der SP Kantonalparteien Aargau und Basel-Land zur Atomenergie untersucht hat.²⁵⁴

Die SP Aargau schaltete sich erst spät in die Atomenergiedebatte ein, obwohl die Opposition gegen das AKW Kaiseraugst schon 1969 entstanden war. Die sozialdemokratische Fraktion im Grossen Rat setzte sich zwar schon seit den 50er Jahren mit Atomenergiefragen

²⁵³ Vgl. Kapitel 2.2.5.

²⁵⁴ Gül, 40–72.

auseinander, sie vertrat dabei jedoch eine atomenergiefreundliche Haltung. Bis Anfang der 70er Jahre unterstützte ein Grossteil der Fraktion den Bau von Atomkraftwerken im Sinne der Sicherung des Wohlstandes durch technischen Fortschritt.

Die Gesamtpartei bezog erst mit der Besetzung von Kaiseraugst Stellung zur Atomenergie. Sie teilte einerseits die Sorgen der AKW-Gegner bezüglich der Gefährdung von Mensch und Umwelt und forderte eine Konzeption über die Standorte der Atomkraftwerke. Andererseits betrachtete sie die Besetzung als illegal und eine Gefährdung des Rechtsstaates. Ähnlich nahm die Partei zu den Besetzungsversuchen von Gösigen Stellung: «Sie verurteilte die Besetzung als gesetzeswidrige Handlung, betrachtete die Beweggründe der Atomenergiegegner/innen aber als ernstzunehmend.»²⁵⁵ Innerhalb der SP Aargau herrschte jedoch keine Einigkeit zum Thema Atomenergie. Die Bezirksparteien des Fricktals meldeten schon früh Bedenken gegenüber dem weiteren Bau von Atomkraftwerken an. Sie standen damit in einem Widerspruch zur Gesamtpartei, was sich lähmend auf die Energiepolitik auswirkte. Die Parteileitung war an einem offenen Diskurs nicht interessiert. «Die Gesamtpartei bezog nur dann Stellung zur Atomenergie, wenn es äussere Ereignisse wie Abstimmungen erforderten.»²⁵⁶ Überraschenderweise beschloss die SP Aargau 1979 die Ja-Parole zur Atominitiative. Die Gewichte innerhalb der Partei hatten sich also verschoben, die AKW-Gegner hatten die Oberhand gewonnen. Die meisten Inhaber von führenden Positionen in der Partei und die beiden Regierungsräte hatten sich erfolglos für ein Nein zur Initiative eingesetzt. Vor allem zwischen dem Vorsteher des kantonalen Energiedepartements, Louis Lang, der ein überzeugter AKW-Befürworter war, und einzelnen Sektionen kam es zu Disputen. «Die Atomenergie war in der SP Aargau zur Glaubensfrage geworden, zu einem internen Streit, bei welchem die anfangs marginalisierten AKW-Gegner/innen immer mehr an Rückhalt gewannen.»²⁵⁷

Mit dem Aufkommen der Grünen Partei im Aargau 1983 bekam die Partei eine links-ökologische Konkurrenz. Diese führte dazu, dass die SP Aargau ökologische und atomenergiekritische Forderungen in ihr Parteiprogramm aufnahm. Dadurch ebnete sich der Graben zwischen Befürwortern und Gegnern der Atomenergie in der Partei ein. 1984 sprach sich sogar die SP des Bezirks Baden, die lange Zeit atomfreundlich war, für die Annahme der Atominitiative II aus. 1985 versuchte die SP Aargau mit der bekannten Atomenergiegegnerin Ursula Mauch den Sitz des zurücktretenden Louis Lang in der Regierung zu

²⁵⁵ Gül, 71.

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ Ebd., 71.

verteidigen. Das Unterfangen gelang jedoch nicht, der zweite Sitz ging an die Freisinnigen verloren. Die Grünen, die im gleichen Jahr ins kantonale Parlament einzogen, gewannen ihre Sitze vor allem auf Kosten der SP. Um ihre Wählerbasis zu behalten, verstärkte die SP ihre Bemühungen in ökologischen Anliegen. Auch beschloss sie im Vorfeld der nationalen Wahlen von 1987, zukünftig eine Listenverbindung mit der Grünen Partei einzugehen, was sie zuvor immer explizit vermieden hatte.

2.4.2 Die SP Basel-Land

Wie schon im vorhergehenden Abschnitt stütze ich meine Ausführungen zur SP Basel-Land auf die Lizentiatsarbeit von Leyla Gül.²⁵⁸ Der Atomenergiediskurs in der SP Basel-Land verlief sehr ähnlich demjenigen, der in der AKW-Opposition geführt wurde. Von Anfang an nahm die Partei eine äusserst atomenergiekritische Haltung ein, die sie mit der Zeit noch verstärkte: «Während sich ihr Widerstand zu Beginn der Debatte vor allem gegen ein Atomkraftwerk in Kaiseraugst bezog, weitete sie diese Bedenken im Lauf der 70er Jahre unter dem Vorzeichen eines krankmachenden Wachstums auf eine grundsätzliche Ablehnung der Atomenergie aus.»²⁵⁹ Die Haltung der Partei wurde allerdings durch den Umstand erleichtert, dass die Kantonsregierung zu den Träger des ersten Widerstandes gegen das AKW Kaiseraugst gehörte. Im Landrat hegten alle Vertreter ein gewisses Misstrauen gegenüber dem AKW Kaiseraugst. Allerdings gingen die Forderungen der einzelnen Parteien bezüglich der Atomenergie relativ weit auseinander. Die SP Basel-Land beschloss 1973, Atomkraftwerke in der heutigen Form grundsätzlich abzulehnen. Verbunden damit waren auch eine Kritik gegenüber dem herkömmlichen Fortschritts- und Wohlstandsdenken sowie die Forderung nach einem Masshalten im Energieverbrauch. Bei der Besetzung des Baugeländes von Kaiseraugst solidarisierte sich die Partei mit der GAK und beteiligte sich aktiv an der Aktion. Sie stellte dabei insbesondere die Forderung nach mehr Mitspracherecht in den Vordergrund. In der Folge entwickelte die SP Basel-Land eine hohe energiepolitische Eigeninitiative: Die Fraktion war wesentlich an der Ausarbeitung des Energiegesetzes beteiligt und trug dazu bei, dass die kantonale Atomschutzinitiative zu Abstimmung gelangen konnte. Die Partei trug auch immer wieder Anliegen und Forderungen der Anti-AKW-Gruppierungen in die politischen Gremien hinein und wurde so zu einem wichtigen Bindeglied zwischen der ausserparlamentarischen Opposition und

²⁵⁸ Ebd., 73–105.

²⁵⁹ Ebd., 104.

den Vertretern im Parlament. Dieses energiepolitische Engagement wurde allerdings dadurch vereinfacht, dass es keine innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Atomenergie gab, die bürgerlichen Parteien zumindest teilweise auch eine atomkritische Haltung einnahmen und die Bevölkerung des Kantons gegenüber dem Atomprogramm des Bundes äusserst kritisch eingestellt war.

Verbunden mit ihrer verhältnismässig radikalen Ansicht gegenüber Atomkraftwerken forderte die SP Basel-Land «eine grundsätzliche Umkehr vom wachstumsorientierten Fortschrittsdenken und von der Beherrschung von Mensch und Umwelt durch die Technologie hin zu immateriellen Werten und Lebensqualität.»²⁶⁰ Sie gab aber auch ihre traditionellen sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen nicht auf, sondern versuchte mit der Verbindung von alten und neuen Anliegen beiden Themenbereichen gerecht zu werden. Diese Politik erwies sich als Wahlschlager: Einen zweiten Sitz im Regierungsrat konnte die Partei zwar nicht erobern, sie erzielte jedoch bei den Wahlen in die kantonalen und nationalen Parlamente Erfolge.

2.4.3 Die SP Schweiz

Die SPS hatte zwar während der Debatten über das Atomgesetz kritisiert, dass auf eine unbeschränkte Haftpflicht und auf ein Konzessionssystem zur Bewilligung verzichtet wurde, stand aber ansonsten der Atomenergie positiv gegenüber. In ihrem Aktionsprogramm von 1967 befürwortete die SPS die Stromerzeugung in Atomkraftwerken klar als Faktor des Fortschrittes und Wohlstandes. Eine Änderung dieser Haltung erfolgte im Verlauf der 70er Jahre. Am Parteitag der SPS in Montreux 1976 forderten die Delegierten ein Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken. Dieser Beschluss wurde im 1979 ausgearbeiteten «Konzept für eine neue Energiepolitik» bekräftigt. Das Konzept forderte im Zeichen der Begrenzung des Produktionswachstums zur Vermeidung von Gesundheitsschäden und Umweltzerstörung den Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Elektrizitätsversorgung durch Atomenergie. Stattdessen wurde das Schwergewicht auf Sparmassnahmen und die Förderung von inländischen, regenerierbaren Energiequellen gelegt.²⁶¹ Präsident der SPS-Arbeitsgruppe Energie war Elmar Ledergerber, der mit «Wege aus der Energiefalle» oder «Der Ausstieg ist möglich» verschiedene Bücher zur Schweizerischen Energiepolitik veröffentlichte. Obwohl die SPS Ende der 70er Jahre eine atomenergiekritische Haltung einnahm und viele ihrer Mitglieder

²⁶⁰ Ebd., 105.

²⁶¹ Ebd., 38.

zu den führenden AKW-Gegnern gehörten, gab es auch viele Vertreter der Partei, die auf Bundes- und Kantonsebene für die Nutzung der Atomenergie eintraten. Bundesrat Willi Ritschard ist dafür eines der besten Beispiele: Er musste als Energieminister in den 70er Jahren das Atomprogramm verteidigen und setzte sich 1979 stark für die Ablehnung der Atominitiative ein, die von der SPS unterstützt wurde.²⁶² Die Ablehnung der Atomenergie innerhalb der Partei verstärkte sich im Verlauf der 80er Jahre noch. Als Reaktion auf den Unfall im AKW von Tschernobyl lancierte die SPS eine Initiative, mit der sie den Ausstieg aus der Atomenergie forderte.²⁶³

2.4.4 Die SP Deutschland

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) stellte seit 1969 den Bundeskanzler. Während die SPD an der Regierung war, kam es zu ersten Protesten gegen den Bau von Atomkraftwerken in Wyhl oder Brokdorf. Die SPD erachtete den Bau von Atomkraftwerken als notwendig, Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte in seiner Regierungserklärung 1976: «Auf den Ausbau auch der Kernenergie kann nicht verzichtet werden. Kernenergie bleibt zur Deckung des vorhersehbaren Strombedarfs notwendig und unerlässlich.»²⁶⁴

Mit dem Widerstand gegen Atomkraftwerke wuchs auch parteiintern der Widerstand gegen die Atomenergie. Auf dem Berliner Parteitag im Dezember 1979 wurde das Thema kontrovers diskutiert. Trotz grossen Widerstands wurde der energiepolitische Antrag, dass auf die Verwendung von Atomenergie nicht verzichtet werden könne, angenommen. Helmut Schmidt hatte wenig Verständnis für die Anhänger der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung, er bezeichnete sie als «Umweltidioten». Er sah sie als eine Gruppe materiell sorgenfreier, unterbeschäftigter Leute, denen nicht klar war, welche Konsequenzen die Erfüllung ihrer Ziele hätte.²⁶⁵ Mit dem Auftreten der Grünen auf der politischen Bühne kam die Partei in einen Zwiespalt. Einerseits legten die Wahlerfolge der Grünen einer stärkere Ausrichtung der SPD auf grüne Themen und somit eine Absage an die Nutzung der Atomenergie nahe, andererseits hätte sie mit diesem Schritt einen Konflikt mit den Gewerkschaften, die atomfreundlich eingestellt waren, heraufbeschworen. Nachdem die SPD die Regierungsverantwortung 1982 verloren hatte, vollzog sie den Richtungswechsel in der Frage der Atomenergie. Auf dem Parteitag vom Mai 1984 wurde beschlossen, die Nutzung nur mehr für eine Übergangszeit zu

²⁶² Vgl. Kapitel 2.3.2.

²⁶³ Vgl. Kapitel 2.1.3.

²⁶⁴ Zitiert in: Rupps, 293.

²⁶⁵ Ebd., 291f.

akzeptieren. Durch das Reaktorunglück von Tschernobyl im April 1986 verstärkten sich die vorhandenen Vorbehalte gegen die Atomenergie in der Bundesrepublik. In der SPD wurden Rufe laut, den Ausstieg aus der Atomenergie voranzutreiben. Der damalige SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen in Niedersachsen, Gerhard Schröder, stellte sich an die Spitze dieser Bewegung. Er erzielte damit in den Landtagswahlen einen grossen Stimmengewinn, der jedoch nicht für einen Regierungswechsel ausreichte. Auf dem Parteitag im August 1986 setzten sich die Gegner der Atomenergie in der SPD endgültig durch, der Ausstieg sollte nun innerhalb von zehn Jahren vollzogen werden.²⁶⁸ Bis die SPD in die Lage kam, diesen Ausstieg in die Wege zu leiten, sollte es allerdings noch eine lange Zeit dauern. Nachdem sie 1998 zusammen mit den Grünen an die Macht gekommen war, dauerte es noch bis 2001, bis die Regelung über die Restlaufzeit von Atomkraftwerken verabschiedet wurde.²⁶⁹

2.4.5 Der PS in Frankreich

Bei meinen Ausführungen zum Parti Socialiste (PS) stütze ich mich auf das Buch «Nuclear Politics» von James Jaspers.²⁷⁰

In Frankreich wurde die Anti-AKW-Bewegung 1971 aktiv. Sie protestierte gegen den Bau der Atomkraftwerke von Fessenheim und Bugey. Früher als andere lehnte die französische Umweltbewegung die Atomenergie schon 1971 radikal ab. 1974 nahm die Gewerkschaft Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT) offiziell eine ablehnende Haltung gegenüber der Atomenergie ein. Die CFDT war die Hauptgewerkschaft der Beschäftigten der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague und war deshalb über die Risiken, die mit der Atomenergie verbunden waren, informiert.²⁷¹

Als Reaktion auf die Ölkrise baute Frankreich sein Atomprogramm stark aus. Der so genannte Messmer-Plan²⁷² sah den Bau von 13 neuen Reaktoren in den Jahren 1974 und 1975 vor. Der PS war in der Frage der Atomenergie gespalten. Die Führung der Partei befürwortete sie eher, während die Basisaktivisten sie ablehnten. Um nicht grundsätzlich zur Frage der Atomenergie Stellung nehmen zu müssen, verlegte sich die Partei darauf, einzelne Punkte des Messmer-Plans zu kritisieren.

²⁶⁶ Potthoff / Miller, 255f.

²⁶⁷ Ebd., 302.

²⁶⁸ Ebd., 306.

²⁶⁹ Ebd., 441.

²⁷⁰ Jaspers, 149–177 und 237–255.

²⁷¹ Ebd., 152.

²⁷² Benannt nach dem damaligen Premierminister Pierre Messmer.

Da die öffentlichen Proteste der Anti-AKW-Bewegung keinen Einfluss auf die Regierung hatten, war die einzige Chance der AKW-Gegner, die Sozialisten für ihr Anliegen zu gewinnen und ihnen zum Wahlsieg zu verhelfen. Bis 1976 waren die Sozialisten jedoch nicht bereit, sich gegen die Atomenergie auszusprechen, da viele ihrer Mitglieder und die meisten ihrer Führer dem durch die Atomenergie versprochenen Wirtschaftswachstum den Vorzug gaben. 1977 jedoch kam es zur Wende, der PS stellte sich gegen die Atomenergie. Die Partei unterschrieb eine Petition für ein Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken.²⁷³ In den folgenden Wahlen 1978 unterstützte die Anti-AKW-Bewegung die Kandidaten des PS, allerdings ohne den gewünschten Erfolg, die politische Rechte verblieb an der Macht. Dieser Misserfolg hatte eine Demobilisierung der Anti-AKW-Bewegung zur Folge.

Der Reaktorunfall von Harrisburg hatte wenig Einfluss auf die französische Atomenergiepolitik. Die politisch Verantwortlichen erklärten, ein solcher Unfall könne in Frankreich nicht passieren. Zudem gebe es keine Alternative zur Atomenergie. Auch war der Handlungsspielraum eingeschränkt, die nach dem Messmer-Plan vorgesehenen Reaktoren waren bereits alle im Bau.²⁷⁴

Vor den Wahlen von 1981 erinnerten die AKW-Gegner den PS an die Petition für ein Moratorium, um erneut eine Allianz zu bilden. Die AKW-Gegner wussten zwar, dass nach wie vor viele Führer des PS für die Atomenergie waren und diese Strategie deshalb mit Risiken verbunden war, aber es war die einzige Möglichkeit, politisch Einfluss zu nehmen. Bei diesen Wahlen hatte die Allianz Erfolg, François Mitterrand wurde zum Präsidenten gewählt. Nach der Wahl zeigte sich jedoch, dass die Verantwortlichen des PS das Zusammengehen mit der Anti-AKW-Bewegung in erster Linie als Wahlstrategie sahen. Nach innerparteilichen Diskussionen setzte sich eine Energiepolitik durch, die weitgehend jener der vorhergehenden Regierungen folgte. Die Führer konnten die AKW-Gegner in der eigenen Partei ignorieren, weil der Einfluss der Basis auf die Parteiführung relativ gering war. Durch diese erneute Kehrtwendung des PS in der Frage der Atomenergie kam die Anti-AKW-Bewegung zum Erliegen. Die fünf Jahre, während derer der PS regierte, änderten kaum etwas an der Atomenergiepolitik Frankreichs. Es wurden zwar mehr Diskussionen geführt und kleinere Einschnitte beim Reaktorprogramm gemacht, jedoch mehr aus wirtschaftlichen Gründen als aufgrund des politischen Widerstands.

²⁷³ Jaspers, 176.

²⁷⁴ Ebd., 243.

2.4.6 Die schwedischen Sozialdemokraten

Wie im vorhergehenden Abschnitt stütze ich meine Ausführungen zu den schwedischen Sozialdemokraten auf das Buch von James Jaspers.²⁷⁵

In Schweden wurde die Atomenergie in den Jahren 1973 und 1974 ein öffentliches Thema. Zwischen 1973 und 1976 war die Energiepolitik eines der wichtigsten Themen der schwedischen Politik. Die grösste Oppositionspartei, die Zentrumsparterie, legte sich schon 1973 auf einen Anti-Atom-Kurs fest und trug so zu einem Überdenken der schwedischen Atomenergiepolitik bei. Sie war damit die einzige grosse Partei in Westeuropa, die in den 70er Jahren klar gegen die Atomenergie war.²⁷⁶

Die Sozialdemokraten regierten Schweden seit 1932 ohne Unterbruch. Sie favorisierten das mit der Atomenergie verbundene Wachstum und vertrauten darauf, dass, wenn die Bevölkerung mehr über die Atomenergie lernte, sie diese auch befürworten würde. Das 1973 vom Reichstag beschlossene zweijährige Atomenergie-Moratorium war für die Sozialdemokraten ein taktisches Mittel, um die Opposition zu beruhigen. Praktisch war es ohne Bedeutung, da die schon geplanten Reaktoren im Moratorium nicht eingeschlossen waren. 1975 verabschiedete der Reichstag ein von den Sozialdemokraten vorgeschlagenes Energieprogramm, das eine Ausweitung des Atomprogramms von elf auf dreizehn Reaktoren und eine starke Reduktion des Zuwachs des Energieverbrauchs vorsah.²⁷⁷ Bei den Wahlen 1976 war die Atomenergie eines der Hauptthemen im Wahlkampf der Zentrumsparterie. Die Sozialdemokraten verzichteten darauf, dieses Thema aufzugreifen, da sie in dieser Frage gespalten waren und befürchteten, dass die Atomenergie Diskussion der Zentrumsparterie helfen würde. Die Haltung der Zentrumsparterie hatte Erfolg. Nach den Wahlen konnte sie zusammen mit den Konservativen und den Liberalen eine Regierungskoalition bilden und mit Thorbjörn Fälldin den Premierminister stellen. Allerdings vertraten ihre beiden Koalitionspartner eine ausgesprochen atomenergiefreundliche Politik. Das führte schon bald nach den Wahlen zu Konflikten in der Koalition. Für seinen geplanten Ausstieg aus der Atomenergie fand Fälldin keine Mehrheit. Einen Kompromissvorschlag, das Atomprogramm auf zehn Reaktoren zu beschränken, lehnte er ab, obwohl damit das Thema erledigt gewesen wäre. Nach zwei Jahren als Premierminister weigerte sich Fälldin, weitere Kompromisse in der Atomenergiefrage zu schliessen, und trat zurück. Mit ihm verliess auch die Zentrumsparterie die Regierung. Die

²⁷⁵ Jaspers, 129–147 und 218–236.

²⁷⁶ Ebd., 131.

²⁷⁷ Ebd., 138–140.

Liberalen bildeten darauf eine Minderheitsregierung, die von den Sozialdemokraten geduldet wurde. Die Regierung legte ein neues Energieprogramm vor, das die Beschränkung auf zwölf Reaktoren, ein Forschungsprogramm für alternative Energien und Sparmassnahmen vorsah.²⁷⁸

Als Reaktion auf den Reaktorunfall von Harrisburg forderten die Sozialdemokraten unter Olof Palme 1979 ein Referendum über die Frage der Atomenergie. Sie betrachteten die Diskussion um die Atomenergie als einen Hauptgrund für ihre Abwahl und sahen in einem Referendum die Möglichkeit, die Atomenergiediskussion zu beenden. Über das Referendum wurde 1980 abgestimmt. Die Schweden konnten dabei jedoch nicht einfach Ja oder Nein zur Atomenergie sagen, sie hatten drei verschiedene Vorschläge zur Auswahl. Der erste Vorschlag, der von den Konservativen unterstützt wurde, sah im Wesentlichen nach der Fertigstellung der zwölf geplanten Reaktoren keinen weiteren Ausbau des Atomprogramms vor. Der zweite, von den Sozialdemokraten und Liberalen unterstützte Vorschlag, war mit dem ersten identisch, enthielt jedoch zusätzlich noch strenge Vorschriften bezüglich des Energiesparens. Der letzte Vorschlag forderte einen Ausstieg aus der Atomenergie innert zehn Jahren. Dieser wurde von der Zentrumspartei und den Kommunisten unterstützt. In der Abstimmung setzte sich der zweite Vorschlag knapp vor dem dritten durch.²⁷⁹ Die Atomenergiediskussion war damit beendet. Alle Parteien waren sich ab 1981 einig, dass der Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2010 erfolgen sollte.

Ab 1982 übernahmen wieder die Sozialdemokraten die Regierung. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, von der Schweden stark betroffen war, verstärkten die Sozialdemokraten ihre Bemühungen, aus der Atomenergie auszusteigen.²⁸⁰

2.4.7 Vergleich

Verglichen mit den Haltungen zur Atomenergie der beiden Kantonalparteien Aargau und Basel-Land befand sich die SPSO in einer Zwischenposition. Die SP Basel-Land vertrat schon sehr früh einen gegen die Atomenergie gerichteten Kurs, den sie mit der Zeit noch radikalisierte. Begünstigt wurde dieser Kurs dadurch, dass die Kantonsregierung und das Parlament sowie ein Grossteil der Bevölkerung gegenüber dem AKW Kaiseraugst und der Atomenergie kritisch eingestellt waren. Die SPSO nahm erst eine kritische Position gegenüber der Atomenergie ein, als die SPS 1976 diesen Wechsel vollzogen hatte

²⁷⁸ Ebd., 223.

²⁷⁹ Ebd., 228f.

²⁸⁰ Ebd., 232.

und ein vierjähriges Moratorium forderte. Gemeinsam war beiden Parteien, dass intern keine Auseinandersetzungen über den Kurs in der Atomenergiefrage stattfanden. In der SP Aargau dauerte es länger als in der SPSO, bis die Partei die Atomenergie ablehnte. Sie beschloss zwar 1979 wie die SPS und die beiden andern Kantonalparteien eine Ja-Parole zur Atominitiative, aber damit war die interne Diskussion über die Atomenergie noch nicht beendet. Es gab danach immer noch Gruppen, vor allem das atomenergiefreundliche Bollwerk der SP Aargau, die SP des Bezirks Baden, die sich für die Atomenergie aussprachen. Die Partei als ganzes änderte ihre Haltung zur Atomenergie erst in der ersten Hälfte der 80er Jahre unter dem Einfluss der neu auftretenden Grünen Partei.

Die SPS hatte für die SPSO in der Frage der Atomenergie eine Art Vorbildfunktion, sie übernahm ab 1977 jeweils ihre Positionen. Ständerat Walter Weber meinte nach dem ersten Besetzungsversuch von Gösgen in der GL «die Kantonalpartei könne keine andere Haltung als die SPS einnehmen.»²⁸¹ Folglich unterstützte sie auf ihrem Parteitag 1978 das Energiepapier der SPS und sprach sich im Jahr darauf für die Annahme der Atominitiative aus.

Verglichen mit der SPS und SPSO vollzog die SPD die Wende in der Atomenergiefrage einiges später. Erst nachdem sie die Regierungsverantwortung verloren hatte, beschloss die Partei 1984 die Nutzung der Atomenergie nur noch als Übergangslösung zu akzeptieren und 1986 den Ausstieg innert zehn Jahren anzustreben. Kritiker der Atomenergie kamen in der SPD schon in der zweiten Hälfte der 70er auf, allerdings war Bundeskanzler Helmut Schmidt ein überzeugter Anhänger der Atomenergie. Dies schränkte den Handlungsspielraum der SPD in dieser Frage stark ein.

Anders sieht die Entwicklung des PS in Frankreich aus. Obwohl in der Basis der Partei ein grosser Teil eine atomenergiekritische Haltung einnahm, befürwortete die Parteiführung mehr aus wahltaktischen Gründen ein Atomenergiemoratorium, um mit der Anti-AKW-Bewegung eine Allianz einzugehen. Nachdem der PS in dieser Allianz die Wahlen 1981 gewonnen hatte, führte die neue Regierung weitgehend die atomenergiefreundliche Politik der vorherigen bürgerlichen Regierungen weiter.

Die schwedischen Sozialdemokraten, die seit 1932 an der Regierung waren und die Atomenergie unterstützten, kamen Mitte der 70er Jahre durch die ablehnende Haltung der grössten Oppositionspartei, der Zentrumspartei, gegenüber der Atomenergie unter Druck. Nach ihrer Niederlage bei den Wahlen von 1976 sahen die Sozialdemokra-

²⁸¹ Protokoll der GL der SPSO, 28. Juni 1977.

ten in der Atomenergiediskussion eine der Hauptursachen ihres Machtverlustes. Um die Diskussion über das Atomprogramm zu beenden, regten sie nach dem Reaktorunfall von Harrisburg ein Referendum an. In der Abstimmung von 1980 setzten sich die Sozialdemokraten zusammen mit den Liberalen mit ihrem Vorschlag durch, das geplante Atomprogramm mit zwölf Reaktoren umzusetzen und gleichzeitig strenge Vorschriften bezüglich des Energiesparens zu erlassen. Auf einen weiteren Ausbau der Atomenergie sollte verzichtet werden. Die Sozialdemokraten waren wie die anderen Parteien ab 1981 der Meinung, dass der Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahre 2010 erfolgen sollte. Diese Ausstiegsbemühungen intensivierten sie nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl noch.

3. Die Verkehrspolitik der SPSO

3.1 Ein lange vernachlässigtes Thema

Die Verkehrspolitik, die hauptsächlich aus Strassenbaupolitik bestand, war lange Zeit kein Thema für die SPSO. Den verschiedenen Strassenbauprogrammen wurde im Kantonsrat jeweils ohne grössere Diskussion zugestimmt. Wie in der Atomenergiefrage stand die Partei zu Beginn einem Ausbau der Strassen positiv gegenüber. Sie sah darin einen Fortschritt auch für die Arbeiter, von denen sich immer mehr selber ein Auto leisten konnten. In den 70er Jahren wurden Stimmen in der Partei laut, die dem Strassenbau allgemein kritisch gegenüberstanden. In den 80er Jahren gewannen die Gegner von Strassenbauprojekten die Überhand in der Partei. Allerdings war der Meinungswechsel nicht so deutlich wie in der Frage der Atomenergie, es gab immer auch eine grosse Minderheit, die für einen moderaten Ausbau votierte. So wie in den von Philippe von Escher untersuchten Beispielen der Verkehrspolitik der Städte Zürich und Bern waren es auch in der SPSO vorwiegend jüngere Parteimitglieder, «die sich gegen die wachstumsorientierte Verkehrsplanung auflehnten.»²⁸² Hans Roth bezeichnet die U-Bahn-Abstimmung von 1973 als Grund für seinen Beitritt zur SP: «Ich lebte damals in Zürich und regte mich darüber auf, dass man diese U-Bahn ohne flankierende Massnahmen bauen wollte. Die SP war in meiner Erinnerung die einzige Partei, die gegen dieses Projekt war.»²⁸³

Zwei Projekte wurden in der Partei über eine längere Zeit kontrovers diskutiert, der Bau der N5 zwischen Solothurn und Biel und der

²⁸² Von Escher, 141.

²⁸³ Interview mit Hans Roth, A53.